



## PROTOKOLL

### Ausschuss für Bildung

20. Sitzung in Mainz, Deutschhaus, Saal 7, am 4. Mai 2023

Öffentlich, 10.02 bis 13.56 Uhr

Tagesordnung	Ergebnis
1. Beschlüsse des Oberrheinrates (ORR) Unterrichtung Landtagspräsident - <a href="#">Drucksache 18/5641</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Kenntnisnahme (S. 6)
2. KIPKI: Neue Möglichkeiten für Schulen und Kitas Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP - <a href="#">Vorlage 18/3395</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Abgesetzt (S. 4)
3. ChatGPT an Schulen Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD - <a href="#">Vorlage 18/3435</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Erledigt (S. 7 – 15)
4. a) Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss steigt weiter an Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der FREIEN WÄHLER - <a href="#">Vorlage 18/3492</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Erledigt (S. 16 – 22)
b) Abgänge ohne Abschluss der Berufsreife an allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP - <a href="#">Vorlage 18/3527</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Erledigt (S. 16 – 22)
5. Höhere Berufsfachschule Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU - <a href="#">Vorlage 18/3556</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Schriftlich erledigt (S. 5)

<b>Tagesordnung</b>	<b>Ergebnis</b>
6. Bekämpfung des Lehrermangels Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU - <a href="#">Vorlage 18/3557</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Erledigt (S. 23 – 27)
7. Beschlüsse der KMK-Konferenz Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU - <a href="#">Vorlage 18/3558</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Schriftlich erledigt (S. 5)
8. 175 Jahre Revolution und Nationalversammlung - Verankerung im Lehrplan Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD - <a href="#">Vorlage 18/3572</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Schriftlich erledigt (S. 5)
9. Flächendeckender Einsatz des Förder- und Diagnostik-Tools 2P Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP - <a href="#">Vorlage 18/3590</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Abgesetzt (S. 4)
10. Stärkung der finanziellen Bildung in Rheinland-Pfalz Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der FDP - <a href="#">Vorlage 18/3715</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Erledigt (S. 28 – 31)
11. Selbsternannte "Letzte Generation" will an Schulen Personal rekrutieren Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD - <a href="#">Vorlage 18/3717</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Erledigt (S. 32 – 37)
12.a) Fehlende Deutschkenntnisse, unregelmäßige Anwesenheit von Schülern, Lehrer am Limit - Schulleiterin der Gräfenau- schule in Ludwigshafen fühlt sich vom Bildungsministerium al- lein gelassen Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD - <a href="#">Vorlage 18/3725</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Erledigt (S. 38 – 62)
b) Versetzung von 40 Erstklässlern in Ludwigshafen gefährdet Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU - <a href="#">Vorlage 18/3738</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Erledigt (S. 38 – 62)

<b>Tagesordnung</b>	<b>Ergebnis</b>
c) Nicht-Versetzung an der Gräfenauschule Ludwigshafen Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der FREIEN WÄHLER - <a href="#">Vorlage 18/3739</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Erledigt (S. 38 – 62)
13. Liebesleben - Förderung sexueller Gesundheit an Schulen Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - <a href="#">Vorlage 18/3732</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Schriftlich erledigt (S. 5)
14. Drohende Schließung von Grundschulen im ländlichen Raum Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD - <a href="#">Vorlage 18/3786</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Abgesetzt (S. 4)
15. Über 400 Sprachkurse in den Oster- und Pfingstferien für Kinder und Jugendliche Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der SPD - <a href="#">Vorlage 18/3789</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Abgesetzt (S. 4)
16. Verstoß gegen das Neutralitätsgebot an der Realschule plus Rockenhausen Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD - <a href="#">Vorlage 18/3790</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Abgesetzt (S. 4)

**Vors. Abg. Susanne Müller** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

**Vor Eintritt** in die Beratungen:

**Punkte 2, 9, 14, 15 und 16** der Tagesordnung:

**2. KIPKI: Neue Möglichkeiten für Schulen und Kitas**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT  
Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP  
- [Vorlage 18/3395](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**9. Flächendeckender Einsatz des Förder- und Diagnostik-Tools 2P**

**Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT**  
Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP  
- [Vorlage 18/3590](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**14. Drohende Schließung von Grundschulen im ländlichen Raum**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT  
Fraktion der AfD  
- [Vorlage 18/3786](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**15. Über 400 Sprachkurse in den Oster- und Pfingstferien für Kinder und Jugendliche**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT  
Fraktion der SPD  
- [Vorlage 18/3789](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**16. Verstoß gegen das Neutralitätsgebot an der Realschule plus Rockenhau-  
sen**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT  
Fraktion der AfD  
- [Vorlage 18/3790](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

*Die Anträge werden abgesetzt.*

**Punkte 5, 7, 8 und 13** der Tagesordnung:

**5. Höhere Berufsfachschule**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

- [Vorlage 18/3556](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**7. Beschlüsse der KMK-Konferenz**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

- [Vorlage 18/3558](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**8. 175 Jahre Revolution und Nationalversammlung - Verankerung im Lehrplan**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

- [Vorlage 18/3572](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**13. Liebesleben - Förderung sexueller Gesundheit an Schulen**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- [Vorlage 18/3732](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

*Die Anträge sind erledigt mit der Maßgabe schriftlicher Berichterstattung gemäß § 76 Abs. 2 Satz 3 GOLT.*

**Punkt 1** der Tagesordnung:

**Beschlüsse des Oberrheinrates (ORR)**

Unterrichtung

Landtagspräsident

- [Drucksache 18/5641](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

*Der Ausschuss nimmt Kenntnis.*

**Punkt 3** der Tagesordnung:

**ChatGPT an Schulen**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

- [Vorlage 18/3435](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

**Abg. Joachim Paul** führt aus, zum Thema „Künstliche Intelligenz im Bildungsbereich“ oder „ChatGPT an Schulen“ gebe es ein ständiges und stetiges Medienecho, das natürlich auch Auswirkungen gerade auf den Bildungsbereich habe. Es sei daher für den Ausschuss wichtig, sich auf den neuesten Stand zu bringen und eventuell Einzelfragen zu klären, die sich bisher noch nicht aus den Antworten auf die Kleinen Anfragen ergeben hätten.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** trägt vor, Ziel der Landesregierung sei es, die Schulen sowie die Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen und Anforderungen an eine digitale Realität von heute und morgen bestmöglich vorzubereiten. Künstliche Intelligenz – aktuell insbesondere ChatGPT – sei ein Teil dieser digitalen Realität und werde auch weiterhin an Bedeutung gewinnen.

Sie sei deshalb froh darüber, sehr schnell – so wie im Koalitionsvertrag vereinbart – das Digitale Kompetenzzentrum am Pädagogischen Landesinstitut gegründet zu haben, das schon jetzt eine wichtige Rolle spiele, um die Nutzung Künstlicher Intelligenz in Bildungseinrichtungen vorzubereiten und zu ermöglichen. Vor allen Dingen müsse es darum gehen, auch die Chancen für Bildungsgerechtigkeit und einen inklusiven Bildungsansatz in den Blick zu nehmen und von Anfang an mitzudenken. Gleichzeitig gelte es, gemeinsam mit den anderen Ländern jetzt schon die Leitplanken für einen gerechten Zugang, eine sichere Nutzung und den pädagogischen Umgang mit Künstlicher Intelligenz zu legen.

Rheinland-Pfalz habe an der im vergangenen Jahr vorgelegten ergänzenden Empfehlung „Lehren und Lernen in der digitalen Welt“ zur Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ der Kultusministerkonferenz federführend mitgearbeitet und sei das Handlungsfeld einer notwendigen Veränderung der Prüfungskultur entsprechend angegangen. Im Austausch mit den anderen Ländern untersuche die Landesregierung bereits jetzt im berufsbildenden Bereich bestehende Prüfungsformate mit dem Ziel, diese weiterzuentwickeln. Perspektivisch sollten Formate etabliert werden, die die Kompetenzen in der digitalen Welt angemessen überprüfen. Dabei sollten Schülerinnen und Schüler die erweiterten digitalen Möglichkeiten nutzen und auch Reflexionsleistungen in die Prüfungen einbezogen werden.

Rheinland-Pfalz sei Mitglied in der Arbeitsgruppe „Künstliche Intelligenz“ der KMK, die erst kürzlich gegründet worden sei. Man werde versuchen, zusammen mit den anderen Ländern verschiedene Punkte möglichst einheitlich und bundesweit zu regeln.

Um zentrale Fragen im Zusammenhang mit dem Einsatz von ChatGPT im schulischen Umfeld zu beantworten, habe das Digitale Kompetenzzentrum im Auftrag des Ministeriums für Bildung auf seinen Serviceseiten einen eigenen Bereich zum Thema „Textgenerierende KI“ eingerichtet. Eine elektronische Handreichung, in der in einem übersichtlichen Fragen- und Antwortpapier die drängendsten Fra-

gen zum Thema zusammengefasst und beantwortet werden, finde sich auf der Webseite des Pädagogischen Landesinstituts. Die Schulen seien in einem EPoS-Schreiben über diese zusätzlichen Informationen unterrichtet worden.

Seit diesem Frühjahr fänden zahlreiche E-Sessions und Präsenzveranstaltungen unter anderem zu den Themen „Einsatz von ChatGPT im Deutschunterricht“ sowie „KI in der BBS – Unterricht mit ChatGPT“ statt. Das Pädagogische Landesinstitut biete über die Lernplattform@RLP das Lernangebot „ChatGPT kennen und für den Unterricht nutzen“ online an. In ca. 40 Minuten entwickelten Lehrkräfte ein Verständnis über das Programm und wie das Werkzeug auf einer nicht-technischen Ebene funktioniert, und lernten erste Anwendungsmöglichkeiten für den Unterricht kennen. Dabei schätzten sie auch die Qualität der Ergebnisse von ChatGPT ab und erprobten, welche Einsatzmöglichkeiten der Software sich eigneten.

Für die weitere Verankerung des Themenfelds und die Klärung offener Fragen im Schulkontext sei derzeit vor allem eine übergeordnete und enge Abstimmung der Länder erforderlich. Die sog. AG „Künstliche Intelligenz“ arbeite bereits intensiv an Bereichen wie Schreibdidaktik und Prüfungsformaten, an Fragen der Chancengleichheit und Rechtsgrundlagen sowie der Demokratiebildung und Antidiskriminierung im Kontext von KI. Auch stünden Fragen der Lernorganisation und Lehrpläne in der Oberstufe im Fokus, und nicht zuletzt werde auch die Entwicklung eines eigenen sicheren und rechtskonformen KI-Ökosystems für den Bildungsbereich mitgedacht. Es würden Wege gesucht, die Vernetzung mit dem Hochschulbereich sicherzustellen.

KI werde mit vielen, aus den Ergebnissen dieser Arbeit entstehenden Maßnahmen dazu beitragen, das Lernen an die individuellen Bedürfnisse jeder Schülerin und jedes Schülers anzupassen. Durch die Analyse von Daten über individuelle Möglichkeiten jedes Lernenden werde KI künftig personalisierte Empfehlungen für passgenaue Lernschritte geben können. Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichem Hintergrund und unterschiedlichen Fähigkeiten könnten effektiver unterstützt werden. KI werde nach ihrer Einschätzung dazu beitragen, Barrieren für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen, zum Beispiel in Leichter Sprache, abzubauen. Auch könnten Spracherkennungstechnologien eingesetzt werden, um Texte in Sprache umzuwandeln, sodass Schülerinnen und Schüler mit Sehbehinderung oder Lernschwierigkeiten leichter Zugang zu Inhalten erhalten könnten.

Ihr sei es besonders wichtig, eine ausgewogene Herangehensweise an die Veränderung von ChatGPT und andere Künstliche Intelligenzsysteme an Schulen zu finden. Sinnvoll sei aus ihrer Sicht, die Chancen und Herausforderungen dieser Technologie zu erkennen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Nutzung in Bildungseinrichtungen zu ermöglichen, während gleichzeitig Bildungsgerechtigkeit, Datenschutz, Datensicherheit und pädagogische Angemessenheit gewährleistet werden müssten.

In der Kultusministerkonferenz habe Frau Prof. Dr. Doris Weißels von der Fachhochschule Kiel, die auch schon bundesweit relativ häufig aufgetreten sei, zum Thema KI und dem Einsatz in der Schule vorgetragen. Darüber hinaus sei auch Frau Prof. Katharina Anna Zweig von der RPTU Kaiserslautern ins Bildungsministerium eingeladen worden, um zu diesem Thema zu referieren; außerdem habe eine Anhörung in der SPD-Fraktion zum Einsatz Künstlicher Intelligenz stattgefunden. Auffällig sei gewe-

sen, in welchem Tempo sich die Programme weiterentwickelten. ChatGPT 3 sei im November erschienen, und mittlerweile gebe es schon ChatGPT 4, das noch vielmehr Funktionen umfasse. Dies sei beispielsweise deutlich geworden beim Einsatz bei Abituraufgaben. Während ChatGPT 3 einen Teil der Aufgaben überhaupt nicht gelöst habe, habe ChatGPT 4 die gesamten Aufgaben bewältigt. Es sei ein Quantensprung und ein großes Tempo in der Weiterentwicklung. Daher habe das Ministerium in Absprache mit dem Pädagogischen Landesinstitut entschieden, dass es nicht sinnvoll sei, eine Handreichung auf Papier wie in Nordrhein-Westfalen herauszugeben, sondern ein dynamisches Dokument beim Digitalen Kompetenzzentrum vorzuhalten und zu hinterlegen, das stetig aktualisiert und erneuert werden solle.

Was das autonome Lernen sowie die Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit anbelange, werde schon jetzt mit KI-Programmen gearbeitet. In der Coronazeit eingeführt worden sei zum Beispiel die Software Bettermarks, ein attraktives Lernprogramm für Mathematik, das mittlerweile in vielen Schulen genutzt werde. Das Programm werde ständig weiterentwickelt und werde kostenlos zur Verfügung gestellt, weil die Rückmeldungen sehr positiv seien.

Für sie am interessantesten sei gewesen, dass die Anwendungsmöglichkeiten von ChatGPT offenbar überhaupt noch nicht festgelegt seien. Es gebe keine Gebrauchsanweisung, wie dies etwa bei anderen Softwareprogrammen üblich sei, sondern durch die neuronale Vernetzung des Programms entstünden sich immer weiterentwickelnde neue Nutzungsmöglichkeiten. Ein Beispiel sei die Korrektur von Texten mit Fehlern und die Umwandlung in Texte in guter Sprache, gleichzeitig mit der Formulierung von Fragen. Es gebe vielfältige Anwendungsmöglichkeiten für die Schule, und es sei wichtig und auch erforderlich, dass Lehrerinnen und Lehrer das Programm gut einsetzen und nutzen, um auch sich selbst die Arbeit zu erleichtern.

**Abg. Joachim Paul** bedankt sich zunächst für das konstruktive und sachliche Vorgehen in dieser Angelegenheit. Zu begrüßen sei, dass Chancen und Grenzen entsprechend abgeschätzt würden.

Verständlich und auch nachvollziehbar sei, dass es noch zu keinen abschließenden Maßnahmen und Regularien habe kommen können, was die Prüfungskultur anbelange. Aber in einem KI-Ökosystem benötigten die Schulen entsprechende Zugänge, und es seien Abonnements mit den KI-Herstellern abzuschließen. Für ihn stelle sich die Frage nach einer Zusammenarbeit auch mit den deutschen Pionieren. Deutschland habe nur noch einen Anteil von 15 % an den Patenten der neuen KI. Gleichwohl gebe es KI-Programme deutscher Pioniere, etwa der KI-Bildgenerator Stable Diffusion, entwickelt von einem Expertenteam der Universität München, oder aber das Premiumunternehmen Aleph Alpha aus Heidelberg, das in der KI-Forschung und -Anwendung tätig sei und sehr bald schon verifizierte Informationen anbieten wolle. Er bitte um Auskunft, ob die Landesregierung beabsichtige, eine Zusammenarbeit auch mit deutschen KI-Unternehmen anzustreben.

Zu befürchten sei der sog. Microsoft-Effekt: Wenn alle nur noch bei OpenAI die KI ChatGPT einkauften, könnte dadurch ein steigender Verlust technischer Souveränität im Bildungsbereich eintreten. Er frage, ob es Überlegungen gebe, auch auf deutsche Produzenten zurückzugreifen, die derzeit dabei seien, sich am Markt zu positionieren.

Er mache sich Sorgen um die Sprachweite. Bei den Schülern stelle allein schon der Wortschatz eine Kategorie für sich selbst dar, die man bewerten könne. Ein Schüler, der eine hohe Sprachweite habe und sehr gut formulieren könne, müsse besser bewertet werden als ein anderer, der noch Nachholbedarf habe und bei der Formulierung und Ausdruck weniger schön seien. Er sehe die Gefahr einer Nivellierung des Wortschatzes, sodass dies keine Kategorie mehr an sich darstelle, die man bewerten könnte. Zu klären sei, wie damit umgegangen werde.

**Abg. Sven Teuber** führt aus, die KI sei bereits mehrfach Thema in den Ausschüssen sowie auch in Plenarsitzungen gewesen. Derzeit werde der AI-Act auf europäischer Ebene diskutiert. Fragen der Regulierung von Künstlicher Intelligenz seien dabei ein wichtiger Bestandteil, und derzeit finde auch eine intensive Zusammenarbeit zwischen den Ministerien statt.

In der Anhörung, die in der SPD-Fraktion zu diesem Thema stattgefunden habe, sei deutlich geworden, dass die Faszination keine Naivität ausprägen dürfe, aber dennoch genutzt werden könne, um mehr über Technologie zu erfahren. Zu denken sei an die MINT-Strategien und andere Programme in der Bildungspolitik, wo Kinder und Jugendliche über diese Faszination dafür begeistert werden könnten, was Technik eigentlich zu leisten vermöge.

Bei ChatGPT handele es sich um eine menschengemachte Technik, und es bestehe die Möglichkeit, Berufe zu entdecken, für Berufe fasziniert zu werden, die vorher noch weniger im Fokus gestanden hätten. Zu klären sei die Frage, wie KI für eine Berufsorientierung bzw. eine Faszination für MINT-Fächer genutzt werden könne, um Schülerinnen und Schüler zu begeistern durch eine für sie alltägliche Auseinandersetzung mit Programmen wie ChatGPT.

Schließlich sei zu klären, wie Lehrkräfte von heute und morgen auf diese Herausforderungen vorbereitet werden könnten. Zu denken sei an die Fortbildungen beim Pädagogischen Landesinstitut, zu denen er an dieser Stelle um weitere Informationen bitte. Zu fragen sei auch, wie in der Lehrkräfteausbildung, wo Digital Natives automatisch an die Schulen gelangten, das Thema kritisch aufgearbeitet werden könne und die Teilnehmer so sensibilisiert werden könnten, dass sie diese Technologien nicht ungefiltert und unkritisch mit Schülerinnen und Schülern anwendeten. Wichtig sei, kritische Reflexionsmöglichkeiten über die Chancen und Risiken Künstlicher Intelligenz auch in den Unterricht einzubringen und daran angelehnt alltagsorientierten Unterricht zu ermöglichen.

**Abg. Daniel Köbler** lenkt die Aufmerksamkeit auf die gesellschaftliche Relevanz von Künstlicher Intelligenz. Seit wenigen Wochen sei die KI, auf der ChatGPT basiere, mit Snapchat zusammengeschaltet worden. Damit ergäben sich in Deutschland auf einen Schlag täglich über 15 Millionen Nutzer von Künstlicher Intelligenz. Dies sei eine ganz andere Situation als noch vor wenigen Wochen, als man darüber gesprochen habe, dass sich Schüler Informationen ergoogelten oder sich bei den Hausaufgaben ein bisschen helfen ließen.

Binnen weniger Wochen sei die KI quasi in den Alltag der Gesellschaft eingezogen. Man müsse darüber sprechen, wie der alltägliche Umgang auch beim Lernen im Unterricht umgesetzt werden könne. Des Weiteren sei insbesondere für diejenigen, die keine Informatiker seien, zu vermitteln, welche

Grundlagen dahinterstünden und wie die KI im Kern eigentlich funktioniere. Dies sei eine Kernkompetenz, die heutzutage an den Schulen vermittelt werden sollte.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** geht auf die durch den Abgeordneten Paul angesprochenen Prüfungsformate ein, die man nicht jetzt und sicherlich auch niemals abschließend werde finden können. Angesichts der Schnelligkeit, mit der sich die Künstliche Intelligenz weiterentwickle, und angesichts ihrer Verselbstständigung in der Gesellschaft werde man grundlegend überlegen müssen, wie man mit Programmen dieser Art, insbesondere mit ChatGPT, umgehen könne. Das bedeute aus ihrer Sicht, dass mündliche Prüfungsformate wichtiger würden und Präsenzprüfungen, bei denen man einsehen könne, welche Hilfsmittel hinzugezogen würden und welche nicht.

Gleichwohl sei es wichtig, auch solche Prüfungsformate zu entwickeln, in denen Künstliche Intelligenz ganz bewusst eingesetzt werde. Schon jetzt gebe es Schulen, auch in Rheinland-Pfalz, in denen Schülerinnen und Schüler Texte mit ChatGPT erstellten und danach gebeten würden, diese Texte kritisch zu hinterfragen und zu prüfen.

ChatGPT arbeite nicht wie eine Suchmaschine, sondern mit einer Methode von Wahrscheinlichkeiten, was als nächstes Wort kommt, was dazu führe, dass das Programm sehr viel fantasiere und auch halluziniere. Daher müssten die erzeugten Texte sehr genau abgeprüft werden. In der Zukunft werde es wichtig sein, dass sich Schülerinnen und Schüler weiterhin bestimmte Fähigkeiten erhalten und Faktenwissen, da sie andernfalls Produkte von Künstlicher Intelligenz überhaupt nicht mehr kritisch hinterfragen könnten. Auch müssten sie über die Wirkweise und Funktion von ChatGPT oder Künstlicher Intelligenz im Allgemeinen informiert sein, nicht bis ins kleinste Detail, aber doch so gut, um zu wissen, was das Programm leisten könne und was nicht, was man als gesetzt ansehen könne und was man sich sehr kritisch anschauen müsse.

Sie sei davon überzeugt, dass den Schülerinnen und Schülern die Grundlagen von Chatbots vermittelt werden müssten. Möglicherweise müsse über ein Pflichtfach Informatik im Unterricht nachgedacht werden. Schon jetzt finde viel Wissensvermittlung und Unterricht in Informatik an den Schulen statt. Mit Calliope seien den Kindern schon in der Grundschule kleine Computer zur Verfügung gestellt worden, mit denen sie selber das Programmieren lernten und damit ein Grundverständnis entwickelten. Dieser Weg müsse weiterhin beschritten werden.

Gleichzeitig halte sie die schon seit vielen Jahren hochgehaltene Medienkompetenz an Schulen für sehr wichtig, damit Schülerinnen und Schüler kritisch mit Fake News – etwa mit Bildern des Papstes in der weißen Winterjacke – umgehen könnten. All das spiele bei der Fortbildung im Pädagogischen Landesinstitut eine große Rolle. Die Angebote würden ständig weiterentwickelt. Über die Kultusministerkonferenz finde ein regelmäßiger Austausch zwischen den Ländern über Bildungsangebote statt, die in einem Bundesland entwickelt und dann den anderen Ländern zur Verfügung gestellt würden.

An der RPTU in Kaiserslautern sei ein Programm entwickelt worden, das die Frage des Umgangs mit digitalen Medien während des Anwärterdienstes von Lehrkräften in den Blick genommen habe. Dieses

Programm sei bundesweit einzigartig, um Themen wie Künstliche Intelligenz, Digitalisierung und digitale Medien von Anfang an in den Studienseminaren zu platzieren. Künftig würden digitale Schulbücher nicht mehr im PDF-Format zur Verfügung gestellt, sondern als Lehrbücher in adaptiver Form.

Der Abgeordnete Teuber habe den AI Act auf europäischer Ebene angesprochen. Dahinter stehe der Gedanke, nicht nur einen Marktführer zu haben, sondern auf verschiedene Anbieter zurückgreifen zu können. Dies werde sich noch weiterentwickeln müssen. Fortwährend solle es ein breites Angebot geben und keinen Monopolisten. Allerdings werde man auch im Blick behalten müssen, was für die Schulen das Richtige und das Beste ist.

Die Befürchtung einer Nivellierung der Sprachweite könne sie nicht teilen. Vielmehr sei es doch gerade gut, wenn Schülerinnen und Schüler, die in ihren Fähigkeiten eingeschränkter seien als andere, mithilfe von Künstlicher Intelligenz ihre Kenntnisse erweitern könnten und es schafften, Texte herzustellen, bei denen sie das Gefühl hätten, damit besser umgehen zu können.

In der kürzlich durchgeführten Anhörung seien Beispiele genannt worden, wo Schülerinnen und Schüler, die keine guten Lerner seien, wieder mehr Spaß am Lernen bekommen hätten und einen anderen Einstieg gefunden hätten, wenn sie sich Texte von ChatGPT vorformulieren ließen. Sie könnten Hürden leichter überwinden, sie könnten mehr beim Umgang mit den Texten lernen und erhielten dadurch einen leichteren Zugang zu Bildung. Ziel müsse es sein, dass alle gleich gut werden, und nicht, diese Unterschiede noch sichtbar zu machen und zu zementieren. Wichtig sei, alle auf ein gutes hohes Niveau anzuheben, und sicherlich werde es auch immer den einen oder anderen Schüler geben, der über diesem Niveau liege.

**Martin Brause (Abteilungsleiter im Ministerium für Bildung)** sieht es als wichtig an, sich immer bewusst zu machen, dass ChatGPT ein Produkt oder Angebot unter vielen sei und durch die Veröffentlichung im November und die erstmalig sehr einfache Zugänglichkeit für jeden Nutzer ohne technisches Verständnis die Eingabe von speziellen Befehlen in der breiten Masse nutzbar geworden sei. Alle hätten die Erfahrung gemacht, welche absonderlichen Ergebnisse zum Teil entstehen könnten, weil das Programm mit dem dort eingespeisten Datensatz arbeite, aber auch, dass für die entstehenden Texte keinerlei Quellenangaben vorhanden seien.

In dem Zusammenhang sei es wichtig, sich bewusst zu machen, welche Alternativprodukte es auf dem Markt gebe, die zum Teil schon jetzt Quellenangaben lieferten. Eine wichtige Rolle spielten Produkte, die der Open Source-Ideologie folgten und einen frei zugänglichen Code generierten, sodass die Möglichkeit bestehe nachzuvollziehen, wie die Ergebnisse zustandekämen und welche technischen Grundlagen dabei hinterlegt seien.

Mit diesen Angeboten müsse man sich intensiv auseinandersetzen, und kein Bundesland werde dieses Problem allein bewältigen oder bearbeiten können. Dafür sei die Arbeitsgruppe zur Künstlichen Intelligenz auf der Ebene der Kultusministerkonferenz eingerichtet worden, in der auch Rheinland-Pfalz vertreten sei, die sich genau mit diesen Fragen beschäftige und sich die Produkte und Angebote im europäischen Raum ansehe und den Dialog führe.

Gleiches gelte auch für die Frage von Regulierung und Datenschutzproblematik. Auf länderübergreifender Ebene existiere eine Arbeitsgruppe Datenschutz der Kultusministerkonferenz, die unter der Federführung von Rheinland-Pfalz eingerichtet worden sei und wo mit den Datenschutzbeauftragten der Länder oder deren Vertreterinnen und Vertretern die Datenschutzthematik sowie Regulierungsfragen von Programmen, die Künstliche Intelligenz nutzen, beraten würden.

Zu der Frage, wie Schülerinnen und Schüler für MINT-Fächer zu begeistern seien, würden gute Ansätze angeboten, damit informatisches Wissen und die Beschäftigung damit sichtbar gemacht werden könnten. Es gebe Belege dafür, die Attraktivität naturwissenschaftlicher Fächer deutlich zu erhöhen und den Schülerinnen und Schülern die in der Praxis vorliegenden Einsatzmöglichkeiten, die auch Firmen nutzen, aufzuzeigen.

Zu der Frage, wie viele Schülerinnen und Schüler schon jetzt mit KI-Anwendungen arbeiteten, erinnere er an die Vodafone-Studie, die davon gesprochen habe, dass 10 % der Schülerinnen und Schüler ChatGPT nutzten. Dieser Wert werde einem zunächst einmal erstaunlich gering vorkommen; allerdings glaube er auch, dass die Quote täglich zunehmen werde. Ergebnisse von Studien seien immer nur Schlaglichter; aber sie zeigten auf, wie wichtig es sei, sich mit diesem Thema und den resultierenden Fragen zu beschäftigen, wie solche Anwendungen funktionierten und welche Lösungsansätze dahinterstünden.

Rheinland-Pfalz sei engagiert im weiteren länderübergreifenden Vorhaben zu intelligenten tutoriellen Systemen auf Ebene des DigitalPakts. Man befasse sich mit der Frage, wie Systeme, die der Lernerin oder dem Lerner eine individuelle Rückmeldung geben, auch ganz gezielt neue Aufgabenformate bereitstellen, sodass man entsprechend den eigenen Stärken und Schwächen bestmöglich damit arbeiten könne.

Vorhin sei durch Frau Ministerin Dr. Hubig der Begriff der Digital Natives gebraucht worden. Sehr häufig bestehe die Erwartung, dass Studierende oder angehende Lehrkräfte, die in den Vorbereitungsdienst einträten, über umfassende digitale Kompetenzen verfügen. Dabei müsse man aber ganz realistisch sehen, dass man auch diesen jungen Lehrerinnen und Lehrern diese Kompetenzen erst nahebringen und sie fördern müsse. Die Erwartung, allein von der Bedienung eines Endgerätes heraus solche weitergehenden Kompetenzen erworben zu haben, seien nicht immer zutreffend. Daher sei es umso wichtiger, gut darüber zu informieren, wie man mit solchen Systemen arbeiten könne und welche Chancen sie für die Lehrkräfte böten. Gerade im Zusammenhang mit der Vorbereitung von Unterricht, der Erstellung von Ideen und Vorschlägen könnten Lösungen wie ChatGPT durchaus viele Potenziale bieten; klar müsse aber immer sein, dass es sich eben nur um Vorschläge handele und dass die Verifizierung und Entscheidung darüber, damit zu arbeiten oder auch nicht, immer der einzelnen Kollegin oder Kollegen selbst überlassen bleibe. Die Kriterien dazu, solche Dinge sinnvoll zu verwenden, würden in der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung bzw. im Vorbereitungsdienst, aber auch entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen zu vermitteln versucht.

**Abg. Joachim Paul** hält es für unzureichend, auf den AI Act der Europäischen Union zu warten und es den Schulen zu überantworten, was sie anschafften und was nicht. Im Moment finde so etwas wie ein Wettüben statt, was die Technologie anbelange, und in diesem Bereich gebe es auch deutsche

Anbieter. Andernfalls drohe eine ähnliche Diskussion wie schon bei MS Teams, wo die Schulen mehr oder weniger zwischen Tür und Angel Produkte von Microsoft nutzten. Diese Produkte seien sicherlich nicht schlecht; allerdings sollte doch eine gewisse Souveränität bestehen bleiben, damit auch andere Produkte eine Chance hätten, zum Zuge zu kommen.

Daher müsse auf ministerieller Ebene eine Entscheidung getroffen werden, auch mit deutschen Anbietern sofort in den Austausch zu treten, die qualitativ nicht schlechter seien. Einmal etwas zugespitzt formuliert, dürfe es nicht der EU und einer überlasteten Schuldirektorin überlassen werden, welche Abonnements abgeschlossen werden.

**Abg. Sven Teuber** bedankt sich zunächst für den Einblick und Information über ergriffene Maßnahmen. Landläufig werde immer von dem trägen Schulsystem und den überlasteten Schuldirektoren gesprochen. Stattdessen könnte man doch auch einmal zur Kenntnis nehmen, wie schnell sich Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Mitarbeiter auf ministerieller Ebene einer solchen Entwicklung und Herausforderung gestellt hätten und sie mitgestalteten. Dies verdiene eine große Anerkennung und viel Respekt.

Derzeit erlebe man eine Evolution, die durch die Schüler und Lehrer sehr stark mitgeprägt werde. Die Angebote seien überzeugend, mit denen man sehr schnell und dynamisch auf Entwicklungen in der Künstlichen Intelligenz reagiere, die sich zwischenzeitlich in den Alltag der Menschen integriert habe.

Es sei eine große Chance für Schule sowie auch eine Motivation und Faszination für Schüler und Lehrer, sich mit einer neuen Technologie auseinanderzusetzen. Niemand sitze wie das Kaninchen vor der Schlange und warte einfach nur ab, warte auf eine Regulierung durch die EU, sondern Schule gestalte schon jetzt die Fortbildungen mit. Noch wichtiger aus seiner Sicht sei die kritische Reflexion und das Verständnis dessen, was dahintersteht. Dafür sei ihm der Anbieter zunächst einmal egal. Niemand werde sich dagegen aussprechen, auch die deutschen Anbieter zu unterstützen; aber man werde auch morgen kein neues iPhone erfinden können und alle nur noch das Fairphone kaufen.

Es sei verwunderlich, dass der Vertreter der AfD offensichtlich den Kommunismus wiedereinführen wolle. Man müsse hinterfragen, wie dieses Werkzeug grundsätzlich funktioniere, um es als solches zu verstehen und zu verwenden, und nicht als eine Art Riese, der alles übermanne und dem man ausgeliefert sei. Dies könnten mündige Bürgerinnen und Bürger durchaus leisten, die in den Schulen ausgebildet würden. Aufgabe von Schule könne es nicht sein, Technik-Nerds hervorzubringen, sondern Bürgerinnen und Bürger, die in ihren Fähigkeiten und Kompetenzen gestärkt würden. Künstliche Intelligenz sei in allen Fächern anzuwenden, in Mathematik ebenso wie in Deutsch oder Sozialkunde.

In diesem Zusammenhang anzuregen sei auch eine Townhall-Diskussion zum Thema Künstliche Intelligenz und ihre Bedeutung für Schule und Unterricht, die sicherlich sehr viele gewinnbringende Erkenntnisse liefern könnte.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** sagt zu, die Anregung einer Townhall-Diskussion gern aufzugreifen und zu prüfen, inwieweit eine Umsetzung möglich sei.

Wie der Abgeordnete Paul schon selbst deutlich gemacht habe, seien seine Formulierungen sehr überspitzt gewählt worden. Sie habe auch niemals davon gesprochen, einfach nur abzuwarten und zuzuschauen und dass jeder es selber machen solle. Das Land arbeite bereits jetzt bei diesem Thema in verschiedenen Arbeitsgruppen in der Kultusministerkonferenz mit, zum Beispiel zur Künstlichen Intelligenz oder auch zum Datenschutz, die sehr viel miteinander zu tun hätten. Diese Arbeitsgruppen träfen sich regelmäßig mit Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen und schauten sich die Bildungsmedien genau an, was gut funktioniere, was gut sei für die Schule und was noch anzupassen sei.

In Rheinland-Pfalz bestehe schon jetzt ein breites Angebot an digitalen Medien, die auf dem Schulcampus zur Verfügung gestellt würden. Sie habe die Plattform Bettermarks erwähnt, darüber hinaus existierten aber noch viele andere digitale Medien. Man sei dabei, ein digitales Bücherregal aufzubauen, welches zum nächsten Schuljahr an den Start gehen solle.

Als Alleinstellungsmerkmal bundesweit in Rheinland-Pfalz sei auf das Digitale Kompetenzzentrum hinzuweisen, das genau dafür da sei, sich mit der Praxis, der Wissenschaft sowie Anbietern von KI-Produkten und Schulträgern zusammenzuschließen und Empfehlungen zu erarbeiten. Die Schulen und die Schulträger könnten sich jederzeit dort hinwenden und nachfragen. Niemand werde alleingelassen, niemand bleibe sich selbst überlassen. Sie sei eine Befürworterin von Synergien sowohl auf der Ebene der Kultusministerkonferenz als auch auf Landesebene, sodass alle davon profitieren könnten.

Rheinland-Pfalz sei häufig dafür kritisiert worden, dass es sein eigenes Schulverwaltungsprogramm entwickelt habe und nicht auf professionelle Produkte zurückgreife. Dennoch sei Rheinland-Pfalz diesen Weg gegangen, auch ganz aktuell bei einem Messenger-Dienst. Dies halte sie für richtig, da sich auf lange Sicht zeige, dass man unabhängig bleibe und die Bedürfnisse, die zum Teil auch regional unterschiedlich seien, viel besser abbilden könne, wenn man selbst Herrin über anzuwendende Programme und Daten bleibe.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 4** der Tagesordnung:

**a) Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss steigt weiter an**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT  
Fraktion der FREIEN WÄHLER  
- [Vorlage 18/3492](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

**b) Abgänge ohne Abschluss der Berufsreife an allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT  
Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP  
- [Vorlage 18/3527](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

*Die Tagesordnungspunkte werden gemeinsam aufgerufen und beraten.*

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** trägt vor, die Bertelsmann Stiftung habe am 25. Januar 2023 einen aktuellen Monitor „Ausbildungschancen 2023“ veröffentlicht. In dieser Studie mit dem Titel „Jugendliche ohne Hauptschulabschluss“ werde die Situation der davon betroffenen Jugendlichen – also in Rheinland-Pfalz ohne den Abschluss der Berufsreife – analysiert.

Der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss sei bundesweit im Jahr 2021 mit 6,2 % im Vergleich zum Vorjahr 2020 mit 5,9 % leicht gestiegen. In Rheinland-Pfalz habe die Quote im Jahr 2021 bei 7,4 % (2.759 Schülerinnen und Schüler), im Vorjahr 2020, dem Coronajahr, das bei allen Ländern zu einem Einbruch geführt habe, bei 6,5 % und im Jahr 2019, dem Vor-Coronajahr, bei 7,7 %.

Neben einer Analyse der Situation von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss werde auch dargestellt, wie viele junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren in den Jahren 2011 und 2021 keine abgeschlossene Berufsausbildung hatten. Nach eigenen Berechnungen der Studienautoren, die auf Daten des Mikrozensus beruhen, seien 2021 in Rheinland-Pfalz 19,6 % der Altersgruppe ohne abgeschlossene Berufsausbildung und befänden sich auch nicht in einer beruflichen Ausbildung. Im Zeitraum von 10 Jahren sei dieser Anteil um 1,5 Prozentpunkte angestiegen. Dies entspreche der Entwicklung in fast allen anderen Bundesländern.

Zur Einordnung der Zahlen sei anzumerken, dass ein großer Anteil dieser „Abgänge ohne Berufsreife an allgemeinbildenden Schulen“ in Rheinland-Pfalz die Abschlüsse bzw. Abgänge mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ und dem Förderschwerpunkt „Ganzheitliche Entwicklung“ beinhalteten. Der Anteil dieser Schülerinnen und Schüler mache stets über 50 % derjenigen aus, die ohne Berufsreife von allgemeinbildenden Schulen abgehen. Das bedeute, in den absoluten Zahlen seien ungefähr die Hälfte Schülerinnen und Schüler aus den Förderschulen mit diesen beiden Förderschwerpunkten enthalten. Für diese Schülerinnen und Schüler sei dies häufig der höchstmögliche Abschluss, der allerdings nicht dem Abschluss der Berufsreife gleichgestellt sei. Grund dafür sei, dass der Anteil an Schülerinnen und Schülern ohne Berufsreife immer an allen allgemeinbildenden Schulen erhoben werde, somit auch an den Förderschulen, die mit dazugehörten. Gerade vor diesem Hintergrund sei es besonders wichtig,

diesen Schülerinnen und Schüler im Rahmen ihrer Möglichkeiten und mit besonderer Förderung verstärkt zu einem Berufsreifeabschluss in Regelschulen zu verhelfen.

Das uneingeschränkte Ziel der Landesregierung sei, jedem jungen Menschen die Unterstützung zu bieten, die er für einen erfolgreichen Start in das Berufsleben benötige und den Anteil der Schülerinnen und Schüler, welche die Schule ohne Abschluss verlassen, zu verringern. Dieses Ziel stehe ganz oben auf der Agenda. Ihr Ministerium habe schon viele Maßnahmen ergriffen, gezielt Schulabschlüsse direkt oder im berufsbildenden Schulangebot begleitend zu einer dualen Ausbildung oder anschließend zu erwerben. Auch die Höhere Berufsfachschule sei eine Schulform, um höhere Schulabschlüsse erreichen zu können. Schülerinnen und Schüler, die von einer allgemeinbildenden Schule ohne Abschluss der Berufsreife abgehen, seien weiterhin schulbesuchspflichtig. Sie gingen entweder ins Berufsvorbereitungsjahr oder könnten auch ohne den Abschluss der Berufsreife ein Berufsausbildungsverhältnis aufnehmen. Schüler ohne einen Schulabschluss seien nicht automatisch ohne Anschluss.

Schülerinnen und Schüler, die ohne Berufsreife in die Ausbildung gingen, besuchten die Berufsschulen und hätten dort die Möglichkeit, den Abschluss der Berufsreife zu erwerben. Schülerinnen und Schüler, die keine Berufsausbildung begannen, besuchten das Berufsvorbereitungsjahr, wo es über 50 % gelinge, den Berufsreifeabschluss zu erwerben. Insoweit seien die Zahlen noch einmal deutlich nach unten zu korrigieren.

Die Landesregierung habe auch in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und den Kammern vielfältige Maßnahmen zur Unterstützung junger Menschen auf dem Weg zum ersten Schulabschluss und in die Ausbildung fest installiert. Dies sei der Übergangcoach als Nachfolgeinstrument von der Berufseinstiegsbegleitung, welches Rheinland-Pfalz selbst installiert habe. Weiterhin zu nennen seien der Jobfux, die Potenzialanalyse, die sehr gut angenommen werde, der Praxistag, bei dem Schülerinnen und Schüler, die drohten, keine Berufsreife zu erhalten, für einen Tag pro Woche in Praktika und Ausbildung gingen und dadurch sehr häufig in eine Ausbildung übernommen würden.

Das Projekt „Keine/r ohne Abschluss“, wo bis heute 83 % der am Projekt teilnehmenden Schüler ihren Abschluss erreicht hätten, von denen wiederum 85 % einen direkten Anschluss gefunden hätten. Es sei ein sehr erfolgreiches Projekt, das noch weiter ausgebaut werden solle.

Es gebe Ausbildungsplatzgarantien in verschiedenen Schulen, die ebenfalls weiter ausgebaut werden sollten. Das Berufsvorbereitungsjahr sei reformiert worden, um zu weiteren Ergebnissen zu kommen. Abschließend verweise sie auf die Jugendberufsagenturen und Jugendberufsagenturen plus.

Darüber hinaus habe die Studie der Bertelsmann-Stiftung Handlungsempfehlungen aufgeführt, um die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss zu verringern. All diese Maßnahmen seien in Rheinland-Pfalz bereits in der Umsetzung.

Zu nennen sei die Lern- und Kompetenzdiagnostik mit besonderem Augenmerk auf den leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern mit „Profil AC“. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund könnten dabei noch stärker analysiert und gefördert werden mit den Lernständen in Deutsch, Deutsch als Zweitsprache, Mathematik und Englisch. Darüber hinaus würden Kinder und Jugendliche

mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf genauer angeschaut. Es müsse dazu kommen, dass bereits in den Regelschulen ein regulärer Abschluss erzielt werden könne.

Schließlich werde die Umsetzung der sog. Schülerdatennorm empfohlen, die es den Ländern ermögliche, die Daten von Schülerinnen und Schülern ohne berufliche Anschlussperspektive an die Bundesagentur für Arbeit zu übermitteln. Sie sei froh, dass es mittlerweile eine bundesgesetzliche Ermächtigungsnorm gebe, die das ermögliche. Daher werde Rheinland-Pfalz von dieser Maßnahme in Absprache mit der Arbeitsagentur Gebrauch machen. Rheinland-Pfalz orientiere sich sehr stark an Hamburg, wo das schon sehr erfolgreich praktiziert werde.

Neben dem Ausbau vorhandener Maßnahmen setze Rheinland-Pfalz bereits passgenau zusätzliche Maßnahmen ein, welche sich mit den Handlungsempfehlungen der Studie deckten. Erklärtes Ziel sei es, die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss und/oder Berufsausbildung auf ein Minimum zu reduzieren. Dies sei erforderlich aufgrund des Fachkräftemangels. Jeder junge Mensch in Ausbildung werde gebraucht. Beim Ovalen Tisch für die Fachkräftesicherung arbeiteten alle Beteiligten gemeinsam an diesem Thema.

**Abg. Daniel Köbler** stellt klar, die Tatsache, nach der Schule keinen Abschluss zu machen, bedeute noch nicht, dass man danach nie mehr eine Qualifikation erwerben könne. Es sei wichtig, dieses Signal nach außen zu senden, dass ein System vorhanden sei, welches es ermögliche, Abschlüsse auch nachzuholen oder im Bereich der beruflichen Schulen zu machen. Es gebe gute Projekte mit den Jugendberufsagenturen, die weiter ausgebaut werden müssten. Dazu gehöre auch lebenslanges Lernen und Weiterbildung, um den Erwerb des Berufsreifeabschlusses auch noch im höheren Erwachsenenalter nachzuholen.

Diese jungen Menschen würden mit Blick auf die aktuelle Fachkräftesituation dringend gebraucht. Es seien auch Jugendliche in Ausbildung ohne einen Berufsreifeabschluss. Insoweit ergebe sich das Problem, dass niemand so genau wissen könne, was mit jungen Menschen passiere, die aus dem Schulsystem ausgeschieden seien. Bei den Arbeitgebern und den Gewerkschaften werde das Thema immer wieder angesprochen und genannt. Immer wenn es um die Fachkräftesicherung oder Nachqualifizierung gehe, werde eine bessere Bildungsverlaufsstatistik gefordert, um gezielte Angebote machen zu können. Junge Menschen mit 16 oder 17 Jahren, die in der Schule keinen Abschluss erreicht hätten, hätten auch mit 20 oder 21 noch eine Chance dazu und müssten zielgenauer angesprochen werden.

Die Zahlen seien mit rund 7 % noch sehr hoch. Darin enthalten sei sicherlich auch ein Pandemieeffekt; aber dennoch müsse man die Entwicklung im Auge behalten und dafür sorgen, die Zahlen signifikant zu senken. Der Anspruch müsse sein, möglichst niemanden ohne Abschluss aus der Schule zu entlassen.

Das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ sei ein Vorzeigeprojekt, das weiter ausgebaut und auch in andere Schulformen integriert werden müsse. Der Fokus müsse auf alle Schularten gelegt und ausgeweitet werden. Es sei die Aufgabe von Schule, die Schüler möglichst zu einem Abschluss zu führen. Insbesondere die Zahlen im Förderschulsystem könnten niemanden zufriedenstellen. Maßnahmen wie zum

Beispiel das BVJ-I seien besonders wichtig, um auch Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf zur Berufsreife und später auch in den Arbeitsmarkt zu führen, soweit dies möglich sei.

**Abg. Joachim Paul** spricht das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ an, das besonders für Schreinereien, Tischlereien und Malerbetriebe – also für das Handwerk – besonders interessant sei und eine starke Praxisorientierung aufweise. Er sehe sich insoweit darin bestätigt, diese Praxisanteile in einer Schulform zu bündeln, die auf die duale Ausbildung direkt und ohne große Umwege hinführe. Dadurch könnte die Zahl der Jugendlichen ohne Berufsabschluss reduziert werden und Jugendliche angesprochen werden, die eine eher praktische Begabung und praktisches Interesse hätten und für die der Schulalltag grundsätzlich eher schwierig sei. Alle wüssten, dass Handwerk goldenen Boden habe und in den unterschiedlichsten Bereichen sehr lukrativ und attraktiv sei.

**Abg. Sven Teuber** schließt sich den Worten des Abgeordneten Köbler an. Besonders zu betonen sei der Aspekt der ganzheitlichen Betrachtung von Familie und des sozialen Umfeldes. Wie die Ministerin vollkommen zu Recht gesagt habe, könne es nicht allein Aufgabe von Schule sein. Viele Akteure seien mit einzubinden, um kein Kind, keinen Jugendlichen ohne Abschluss zurückzulassen.

Für ihn gehe es zunächst auch weniger um die Frage von Fachkräftemangel oder der arbeitsmarktlichen Verwertung eines Menschen, sondern vielmehr von Selbstbestimmung und einer möglichst freien Entscheidung, wie ein Mensch seinen Lebensweg gestalten wolle. Dies sei mit einem selbstbewusstseinstärkenden Abschluss und einem Erfolg in der Bildungskarriere deutlich einfacher.

Aus seiner Sicht sei es wichtig zu identifizieren, welches die Gelingensfaktoren im Projekt „Keiner ohne Abschluss“ darstellten und wie sie auf andere Bereiche übertragen werden könnten. Ein wichtiger Punkt sei, dass Familien leichter Unterstützung bekommen könnten. Zu erwähnen sei an dieser Stelle das Thema der Kindergrundsicherung, die der Bund aus seiner Sicht vollumfassend einführen und realisieren müsse, um Familien frühzeitig bei Problemlagen unproblematisch und unbürokratisch zu helfen. Schon jetzt gebe es viele Unterstützungsangebote, die aber leider nicht so in Anspruch genommen würden, wie es notwendig wäre und wie man es sich wünschen würde.

Auch könne man erkennen, dass bei Jugendlichen ohne Berufsabschluss der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund deutlich höher sei als bei Jugendlichen, die in Deutschland geboren seien. Erforderlich sei eine vielfältige offene Gesellschaft sowie weitere Zuwanderung, insbesondere wenn es um die Bekämpfung des Fachkräftemangels gehe. Die Menschen müssten so integriert und gemeinschaftlich an die Hand genommen werden, dass kein Kind zurückgelassen werde und jedes Kind in Deutschland ein selbstbestimmtes Leben führen könne.

All diese Modelle, die die Ministerin vorhin genannt habe, seien auszubauen und zu verstärken. „Keiner ohne Abschluss“ solle auch auf andere Schularten ausgeweitet werden. Er bitte um konkretere Informationen, was aus Sicht der Landesregierung die Gelingensfaktoren seien, dass eine so exorbitant hohe Erfolgsquote bei diesem Projekt erzielt worden sei.

**Abg. Helge Schwab** stellt die Frage, welche Hintergründe dafür ursächlich seien, dass Schüler die Schule ohne Abschluss verließen und weshalb die Quote angestiegen sei.

Wie Ministerin Dr. Hubig ausgeführt habe, seien Schülerinnen und Schüler, die ohne einen Abschluss der Berufsreife die Schule verließen, nicht abgehängt. Zu klären sei, ob Zahlen über erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildungen oder Berufsabschlüsse von ehemaligen Schülerinnen und Schülern ohne schulischen Abschluss vorlägen.

Weiterhin bitte er um Informationen, wie das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ weiter fortgeführt und intensiviert werden könne.

**Abg. Jennifer Groß** wünscht zu erfahren, in welchen Regionen „Keiner ohne Abschluss“ künftig etabliert werden solle.

Auch im Bereich der Förderschulen könnten Abschlüsse erworben werden. Sie fragt, ob geplant sei, dies noch zu intensivieren. Die CDU-Fraktion sei froh für jedes Kind, das einen Abschluss entsprechend seiner Begabung erhalten könne und Anschlussmöglichkeiten habe. Gerade in Förderschulen existierten aufgrund der guten Vernetzung der Lehrkräfte individuelle Kontakte bis hinein in die Berufswelt, die den Schülern zugutekämen und Abschlüsse und Ausbildungen ermöglichten.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** sieht es als eine Frage der sozialen und der Bildungsgerechtigkeit an, dass alle junge Menschen einen Berufsabschluss machen könnten. Sie müssten die Möglichkeit haben, an der Gesellschaft teilzuhaben und als selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger in diesem Land leben zu können.

Dass dies nicht bei allen gelinge aufgrund ihrer körperlichen oder geistigen Disposition, sei bekannt; gleichwohl müsse man bei denjenigen, die das Potenzial dazu hätten, noch genauer hinschauen. Dies gelte für die Förderschulen, es gelte aber auch für die Möglichkeit, in eine Regelschule zu kommen, seinen Abschluss zu machen und eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu suchen. Fachkräfte in allen Bereichen und auf allen Niveaus würden dringend gebraucht; deshalb sei es wichtig, Jugendliche mit schwierigen Ausgangssituationen besonders zu fördern. Dazu gehörten die Förderschulen und die Schwerpunktschulen, dazu gehörten aber auch die Regelschulen, in denen viele Kinder mit Beeinträchtigungen ihre Abschlüsse absolvieren könnten.

Jugendliche verlören manchmal in einem bestimmten Alter zwischen 13 und 14 Jahren die Lust an der Schule. Dies ändere sich wieder, wenn sie praktisch arbeiteten. Die Wirkung und Bedeutung von Praktika sei ungeheuer groß. Wenn Jugendliche auf einmal lernten, dass sie ein bestimmtes Wissen erwerben müssten, weil sie es in ihrem Beruf bräuchten – in einem Handwerksberuf, in der Pflege oder im kaufmännischen Bereich –, bekämen sie auf einmal wieder Lust am Lernen und an der Schule.

Daher seien Praktika in den Realschulen plus, in den Integrierten Gesamtschulen, in geringerem Maße auch schon an den Gymnasien ausgebaut worden. Mit dem Praxistag sei ein gut funktionierendes Instrumentarium implementiert worden, an dem sich viele Schulen beteiligten. Die jungen Menschen

gingen über ein Jahr lang einen Tag in der Woche in einen Betrieb in den unterschiedlichsten Bereichen. Sie würden dort aufgenommen und lernten sehr viel. Dieses Instrument führe dazu, dass sich die jungen Menschen innerhalb eines Jahres entwickelten und die Betriebe sie auch in die Ausbildung übernahmen.

Der Praxistag, der Austausch zwischen Betrieben und Schulen, die Möglichkeit, Betriebe in die Schulen zu holen, die enge Kooperation seien weitere wichtige Bausteine. Das Projekt „Berufsausbildung in Garantie“ existiere in unterschiedlichen Ausgestaltungen an verschiedenen Schulen, wo Betriebe schon sehr frühzeitig Kontakt mit der Schule aufnahmen und Schülerinnen und Schüler regelmäßig kämen, pünktlich seien, bestimmte Leistungen erbrächten und auch garantiert einen Ausbildungsplatz erhielten. Diese Instrumente müssten weiter ausgebaut werden.

Dazu gehöre auch das Projekt „Keiner ohne Abschluss“, das aufgrund seiner starken Praxisanteile mit multiprofessionellen Teams sehr erfolgreich sei. Es beinhalte eine sehr intensive Betreuung, die man so nicht überall darstellen könne, zum Teil auch aufsuchend, um die jungen Menschen in den Schulen zu halten und ihnen den Abschluss zu vermitteln.

Das Projekt sei ursprünglich einmal mit zwölf Schulen gestartet worden und werde im nächsten Jahr auf 20 Schulen ausgebaut. Es sei sehr personalintensiv, die Fachkräfte seien sehr gut ausgebildet und gut spezialisiert. Daher sei sie froh, das Projekt auf so viele Schulen ausweiten zu können.

Um Zahlen zu horizontalen Bildungsstudien zu erhalten, müssten noch mehr und detailliertere Daten erhoben werden. Ihr sei keine Studie bekannt, um festzustellen, wie viele Schülerinnen und Schüler ohne Berufsreifeabschluss am Ende eine Ausbildung machten und erfolgreich abschlossen. Diese Studien existierten ihres Wissens weder bundesweit noch in einem Stadtstaat wie Hamburg, wo man sehr viel datenbasierter arbeiten könne.

Die Frage der Übergänge von der Schule in den Beruf stelle sich in den verschiedenen Ressorts der gesamten Landesregierung. Zu nennen seien etwa die Übergangskoaches; aber auch im Arbeitsministerium und im Wirtschaftsministerium existierten Programme, die darauf abzielten, Schülerinnen und Schüler, junge Menschen abzuholen und in der Ausbildung zu halten oder auch beim Beginn ihrer Ausbildung zu unterstützen. Der Ovale Tisch für die Fachkräftesicherung arbeite derzeit an guten weiteren Überlegungen dazu.

Dass Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch schwierigen Verhältnissen mehr Probleme hätten, Abschlüsse zu erreichen, sei aus den Studien bekannt, und dieses Phänomen sei auch durch Corona noch weiter verstärkt worden. Deswegen teile sie die Einschätzung, dass die Kindergrundsicherung ebenso wie auch das Bildungs- und Teilhabepaket wichtige Instrumente seien. Häufig gebe es gute Möglichkeiten, aber es gebe leider immer wieder auch Eltern, die diese Möglichkeiten nicht so realisierten, wie sie es tun sollten. Die Schulen unterstützten dabei, aber natürlich könne es auch nicht ihre Aufgabe sein, das alles zu übernehmen.

**Abg. Florian Maier** verweist auf sehr positive Entwicklungen an der Höheren Berufsfachschule sowie an den Berufsbildenden Schulen in den letzten Jahren. In der Berufsfachschule I seien im zweiten

Schulhalbjahr zwei Praxistage sehr erfolgreich eingeführt worden. Durch die praktischen Erfahrungen werde die Motivation der Schüler deutlich erhöht. Er könne nur dazu ermutigen, diesen Weg bei den beruflichen Vollzeitschulen fortzusetzen.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** bedauert zunächst, dass die berufsbildenden Schulen in der Statistik gar nicht auftauchten, die mit der 9. Klasse endeten. Das Berufsvorbereitungsjahr sei dergestalt reformiert worden, dass noch stärkere berufspraktische Anteile integriert worden seien, sodass einerseits die Schülerinnen und Schüler noch stärker einen Bezug und einen Zugang zum Betrieb bekämen und an die Arbeitswelt herangeführt würden, und andererseits die Betriebe auf sie aufmerksam würden.

**Abg. Helge Schwab** äußert seine Vermutung, dass die hohen Abgänge ohne Berufsabschluss bzw. die Schulabbrecherquote auch damit zusammenhängen könnte, dass einige Schüler der deutschen Sprache noch nicht mächtig seien und deshalb den Schulabschluss nicht realisieren könnten.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** bestätigt, die Zahlen in Rheinland-Pfalz wie auch in den meisten anderen Bundesländern seien gestiegen. Dies liege unter anderem an der Heterogenität der Schülerschaft. Viele junge Menschen kämen erst im Alter von 14 oder 15 Jahren in das deutsche Schulsystem und hätten größere Schwierigkeiten, einen Berufsreifeabschluss in der 9. oder 10. Klasse zu erreichen, als andere, die bereits seit der 1. Klasse die Schule in Deutschland besuchten.

Aber im Berufsvorbereitungsjahr Sprache, das ebenfalls nicht in der Statistik erfasst werde, sei extra eine Möglichkeit geschaffen worden, Schüler besonders zu fördern, die nicht gut genug Deutsch sprechen könnten. In der Regel durchliefen sie das Berufsvorbereitungsjahr zweimal, bis sie sprachlich so fit seien, dass sie in eine Ausbildung gehen könnten. Dies sei auch eine gute Maßnahme der Nachqualifizierung.

In der Statistik würden übrigens auch Schüler erfasst, die das Gymnasium verließen. Auch sie gälten somit als Schüler ohne Berufsreifeabschluss, auch wenn sie die Voraussetzungen dafür eigentlich erfüllten. Trotzdem solle aber das Problem keineswegs relativiert oder kleingeredet werden. Es müsse alles dafür getan werden, diesen Trend umzukehren.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** sagt auf Bitte des **Abg. Helge Schwab** zu, dem Ausschuss ihren Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 6** der Tagesordnung:

**Bekämpfung des Lehrermangels**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

- [Vorlage 18/3557](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

**Abg. Jennifer Groß** legt dar, die Bekämpfung des Lehrermangels sei vor dem Hintergrund der Sicherstellung der Unterrichtsversorgung zu verstehen. Neben den im GOLT-Antrag gestellten Fragen sei zu klären, wie die Landesregierung die Aussagen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz bewerte und wie die Planungen für das Schuljahr 2023/24 aussähen, um einen möglichen Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall entgegenzuwirken.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** konstatiert, die Frage der Sicherstellung der Unterrichtsversorgung sei seit Jahren eine der größten Herausforderungen für alle Bundesländer. Rheinland-Pfalz sei nach wie vor eines der wenigen Länder, wo das strukturell gelinge. Sie gehe davon aus, dass dies auch weiterhin so bleiben werde; allerdings sehe auch sie, dass die Situation schwieriger geworden sei.

Zu den Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der KMK im Einzelnen habe sie bereits aufgrund eines Antrags der AfD-Fraktion im Bildungsausschuss am 7. März 2023 in einer Vorlage ausführlich schriftlich Stellung bezogen, auf die sie in diesem Zusammenhang verweisen wolle. Selbstverständlich würden die Empfehlungen der Kommission genau ausgewertet.

Aktuell beschäftige man sich mit weiteren Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung. Rheinland-Pfalz habe die Studienplatzkapazitäten ausgebaut und in Trier im Wintersemester 2020/21 das Grundschul-lehramt eingeführt. Pro Semester stünden dort rund 120 Studienplätze zur Verfügung.

In Wallertheim sei das Studienseminar für die Förderschulen eröffnet worden, von dem sehr rege Gebrauch gemacht werde. Es seien weitere Möglichkeiten für die Berufsbildenden Schulen aufgezeigt worden, als zweites Fach ein konkretes berufsbezogenes Fach zu studieren, um mehr Flexibilität zu erhalten.

Eingerichtet worden sei darüber hinaus eine Sondermaßnahme, dass Absolventen der ersten Staatsprüfung für das Gymnasium sich für den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Grundschulen bewerben könnten. Dies sei Anfang dieses Jahres auch erweitert worden für das Lehramt an Realschulen plus, sodass angehende Gymnasiallehrkräfte mit dem ersten Staatsexamen sowohl in den Vorbereitungsdienst für die Grundschule als auch für die Realschule plus eintreten könnten.

Im Vorgriff auf das neue Schuljahr seien bereits Einstellungen vorgenommen worden, um Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz zu sichern und zu halten. Es lägen Vorabzusagen im Bereich der Grundschule und der Förderschule vor. In den Mangelfächern Mathematik, Naturwissenschaften, Kunst und Musik, wo Stellenbesetzungen schwierig seien, bestehe die Möglichkeit, dass angehende Lehrkräfte nur ein Fach studieren müssten.

Der Seiten- sowie Quereinstieg auf hohem Niveau sei entweder berufsbegleitend oder mit einem verlängerten Vorbereitungsdienst für mehr Fächer eröffnet worden, um Menschen mit anderen Qualifikationen für den Lehrerberuf zu gewinnen. Mittlerweile würden Stellen komplett auch unterjährig und nicht nur zu den üblichen Stichtagen besetzt.

Es seien zahlreiche Maßnahmen ergriffen worden, die bereits Wirkung zeigten, aber noch immer nicht abschließend seien. Gemeinsam mit den Verbänden, den Gewerkschaften, Eltern und Schülern würden diese Fragen diskutiert, um weitere Steuerungsmöglichkeiten zu ergreifen, auch auf der Grundlage des Gutachtens der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission. Sie sei davon überzeugt, dass der Beruf der Lehrkraft umso attraktiver sein werde, je mehr sie sich dem Kerngeschäft, also dem Unterrichten sowie der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern, widmen könne. Es existierten multiprofessionelle Teams an den Schulen, und die Schulen könnten Schulverwaltungs-kräfte einstellen sowie Gesundheitsfachkräfte an den Grundschulen in besonders herausfordernden Lagen. Dieser Weg müsse fortgesetzt werden.

Durch das Pädagogische Landesinstitut sei die Schul- und Unterrichtsqualität weiterzuentwickeln. Nach wie vor seien die Kollegien in Rheinland-Pfalz noch sehr jung, was anders als in den anderen Bundesländern dazu führe, dass keine große Anzahl an Menschen auf einmal in den Ruhestand einträten.

Viele Einstellungen seien auch im Bereich der Vertretungskräfte erfolgt, allein in diesem Schuljahr seien 1.900 Planstellen besetzt worden. Mit der Unterrichtsversorgung für das kommende Schuljahr 2023/24 beschäftige man sich derzeit sehr intensiv, bisher lägen ihr aber lediglich Prognosezahlen vor. Daher könne sie heute noch keine konkreten Angaben dazu machen. Innerhalb eines Jahres sei durch den Angriffskrieg auf die Ukraine Ende Februar sowie durch weitere Fluchtbewegungen zum jetzigen Zeitpunkt die Zahl der Schülerinnen und Schüler schon um rund 18.000 angestiegen. Mit zusätzlichen Lehrkräften sei eine Nachsteuerung erfolgt, und dies werde im neuen Schuljahr auf hohem Niveau fortgesetzt. Dennoch sei es eine riesige Herausforderung in einer Zeit, in der es eher zu wenig Lehrkräfte gebe, und es mache das Geschäft nicht einfacher. Dennoch werde es sicherlich gelingen, die Unterrichtsversorgung in diesem wie auch im kommenden Schuljahr auf hohem Niveau sicherzustellen.

**Abg. Joachim Paul** verweist auf die durch Staatsministerin Dr. Hubig angesprochene Stellungnahme in der Ausschusssitzung am 7. März – Vorlage 18/3579 –, in der ausgeführt werde, dass sich das Bildungsministerium schon seit Jahren mit der Entlastung von Lehrkräften von Organisations- und Verwaltungsarbeiten beschäftige. So bestehe unter anderem die Möglichkeit, Schulverwaltungs-kräfte dafür einzustellen.

Wie Frau Staatsministerin Dr. Hubig ausgeführt habe, sei eine starke systematische Entlastung des Lehrpersonals von Verwaltungsaufgaben herbeizuführen, damit sich die Lehrer wieder auf ihr Kerngeschäft des Unterrichts und der individuellen Förderung von Schülern mit besonderem pädagogischen Bedarf konzentrieren könnten. Von Interesse sei, ob mittlerweile darüber nachgedacht werde, eine Ausbildung zur Schulverwaltungs-kraft oder zum Schulverwaltungs-assistenten institutionalisiert

und professionell einzurichten. Die Verwaltungskräfte müssten sich in ihrer Materie gut auskennen, möglicherweise spielten auch schulrechtliche Fragen eine Rolle. Insoweit halte er einen gewissen Professionalisierungsgrad in diesem Beruf für erforderlich.

**Abg. Helge Schwab** bittet um aktuelle Zahlen, wie viele vakante Planstellen derzeit vorhanden sind, die wegen fehlender Lehrkräfte nicht besetzt werden könnten und welche Schulformen besonders betroffen seien.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** erwidert, derzeit gebe es keinen speziellen Ausbildungsberuf für Schulverwaltungskräfte. Es existiere aber ein Modellprojekt, bei dem die Schulen, deren Schulleitungen einen Teil ihrer Anrechnungsstunden zur Verfügung stellten, Schulverwaltungskräfte einstellen könnten. Einige Schulen machten davon mit sehr gutem Erfolg gebrauch, andere wiederum nicht. Man befinde sich noch in der Planungsphase, um gerade für kleinere Systeme wie zum Beispiel Grundschulen, wo die Schulleitungen kaum Entlastungsdeputate zur Verfügung hätten, Lösungen zu schaffen.

Es sei ein Graubereich mit doppelten Zuständigkeiten. Die Schulträger seien für die Schulsekretariate zuständig, und viele kämen dieser Aufgabe auch gut nach. Man sei dabei, sich mit dieser Angelegenheit intensiv zu befassen.

**Abg. Joachim Paul** betont die Wichtigkeit einer Institutionalisierung des Ausbildungsberufs für Schulverwaltungskräfte, um noch mehr Professionalität in diesem Bereich zu erzielen. Die Vorschläge der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission seien durchaus kreativ und diskutabel, einige aber auch ein wenig ambitioniert. Daher sehe er es als relativ einfach an, zunächst einen speziellen Ausbildungsgang zu schaffen mit einem rechtlichen Standard. Durch diese Maßnahme könnte auch das Stundendeputat der Lehrkräfte wieder erhöht werden, wenn auf anderer Ebene eine Entlastung erfolge. Er fragt, ob perspektivisch ein Pilotprojekt dazu angedacht sei.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** hält diesen Vorschlag für überlegenswert. Von den Schulen werde zurückgemeldet, dass die Schulverwaltungskräfte ihre Aufgabe sehr gut machten, die Lehrkräfte professionell entlasteten und nicht nur Hilfsaufgaben erledigten.

Aktuell würden die Verwaltungskräfte in den Schulen vor Ort gut eingearbeitet und ausgebildet. Die Schaffung eines neuen Ausbildungsgangs sei sehr zeitintensiv, und erforderlich sei darüber hinaus ein Curriculum, Ausbildungsplätze und natürlich auch Lehrerinnen und Lehrer, die es unterrichten könnten. Es werde sicherlich vier bis fünf Jahre in Anspruch nehmen, um dies zu realisieren.

Momentan stehe man vor der Herausforderung, dass perspektivisch nicht schnell mehr Lehrer vorhanden seien, sondern eher mehr Schülerinnen und Schüler. Die Prognosen abnehmender Schülerzahlen hätten sich als falsch erwiesen, unter anderem auch aufgrund unvorhersehbarer Ereignisse. Daher müssten die multiprofessionellen Teams weiter ausgebaut und verstärkt werden, die gegebenenfalls auch um weitere Professionen erweitert werden könnten. Die Überlegung einer weiteren Professionalisierung im System Schule sei daher mit zu berücksichtigen, so wie es sich auch im Bereich der Digitalisierung in den letzten Jahren zunehmend entwickelt habe.

Zu der Frage des Abgeordneten Schwab nach den vakanten Stellen sei anzumerken, im Laufe des Schuljahres seien keine Planstellen unbesetzt geblieben. Es seien 1.900 Stellen mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften besetzt worden. Insoweit sei den Aussagen von Vertretern der GEW, die ihrerseits eine Umfrage mit Zahlen präsentiert hätten, zu widersprechen. Auch zum neuen Schuljahr habe die ADD bereits jetzt Lehrkräfte im Bereich der Förderschulen und der Grundschulen eingestellt, um sie in Rheinland-Pfalz zu binden.

**Abg. Jennifer Groß** schließt die Frage nach den Studienseminaren der jeweiligen Schulformen an und ob dort alle Plätze besetzt seien oder ob an den Universitäten noch mehr Werbung für den Lehrerberuf gemacht werden müsste.

Nach ihrer Auffassung würden deutlich mehr Schulleitungen die Möglichkeit annehmen, Schulverwaltungskräfte einzustellen, wenn dafür keine Anrechnungsstunden wegfallen würden. Gespräche mit Eltern und Institutionen hätten deutlich zugenommen, und an vielen Schulen werde es zum Problem, das Deputat der Schulleitungen dafür zu reduzieren.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** entgegnet zu den Studienseminaren, niemand dürfe jungen Menschen ihr Studium vorschreiben. Dies führe aber leider dazu, dass häufig gerade der Gymnasialbereich mit bestimmten Fächerkombinationen einen stärkeren Zulauf erfahre als die Realschulen plus, wo dringend Lehrkräfte bzw. Studienanfänger benötigt würden. Man werde verstärkt dafür werben; aber letztlich gingen viele junge Menschen in die Bereiche, in denen keine Mangelsituation herrsche, und eben gerade nicht dorthin, wo sie gebraucht würden.

Dies sei ein Grund dafür gewesen, die MINT-Strategie zu starten, um junge Menschen in die entsprechenden naturwissenschaftlich-technischen Studiengänge und Lehrämter zu bekommen. Es werde auch ein Thema bei der Berufsorientierung sein, die besonderen Bedarfe aufzugreifen; aber niemand könne gezwungen werden, ein bestimmtes Fach zu studieren.

Die Kapazitäten in den Studienseminaren seien ausreichend und aktuell sogar noch erhöht worden. Insbesondere für das Studienseminar Grundschule lägen zum August sehr hohe Bewerberzahlen vor. Als Sondermaßnahme habe man sich dafür entschieden, Einstellungen noch häufiger vorzunehmen. Zusätzliche Einstellungstermine würden in den Studienseminaren in Kusel, Rohrbach und Neuwied angeboten, um den Absolventinnen und Absolventen der Universität in einer höheren Frequenz die Möglichkeit zu eröffnen, damit sie nicht in andere Bundesländer abwanderten.

Die Schulen hätten die Möglichkeit, Schulverwaltungskräfte einzustellen. Ein Teil deckten die Schulen finanziell über die Entlastungsstunden ab, den anderen Teil der Finanzierung übernehme das Land. Sicherlich werde man sich den gesamten Komplex auch mit Blick auf die zukünftige Entwicklung aber noch einmal genau betrachten müssen.

Gewundert habe sie, dass am Ende des Projektes einige Schulen es nicht weitergeführt hätten, obwohl sie positive Erfahrungen mit den Verwaltungskräften gemacht hätten. Dennoch sei es der richtige Weg und im Übrigen auch lohnenswert, weil dadurch in vielen Bereichen eine Art mentale Entlastung gegeben sei.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 10** der Tagesordnung:

**Stärkung der finanziellen Bildung in Rheinland-Pfalz**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der FDP

- [Vorlage 18/3715](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** führt aus, das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das Bundesministerium der Finanzen hätten eine Initiative zur Stärkung der finanziellen Bildung gestartet. Sie teile die Auffassung der beiden Ministerien, dass die finanzielle Bildung ein wesentlicher Bestandteil der Allgemeinbildung sei und diese Art von Kenntnissen einen wichtigen Beitrag in unterschiedlichen Lebensphasen leisten könne. Das reiche von den ersten Vertragsentscheidungen über die Steuererklärung bis hin zur Altersvorsorge. Ein aktueller Bezug sei zum Beispiel, was Inflation sei und wie mit dem eigenen Geld umgegangen werden sollte.

Das kurz gehaltene Eckpapier der beiden Ministerien führe aus, finanzielle Bildung sei gleichzeitig Verbraucherschutzbildung. Bedauert werde vonseiten der Landesregierung, dass dieser Teil des Eckpunktepapiers zu kurz komme bzw. eigentlich nicht auftauche. Die Landesregierung erachte es als wichtig, dass ökonomische Bildung in den Schulen als Querschnittsaufgabe unterrichtet werde, genauso wie die Verbraucherbildung. Hierzu gebe es zwei Richtlinien – eine vom Jahr 2017 und eine vom Jahr 2020 –, die seitens des Landes überarbeitet worden seien.

In diesem Eckpunktepapier werde im Wesentlichen vorgeschlagen, dass die Finanzbildungsstrategie, die die beiden Bundesministerien erarbeiten wollten, alle Stakeholder im Rahmen einer größeren Konferenz einbeziehen sollten, eine zentrale Finanzbildungsplattform geschaffen werden solle, die die Finanzbildungsangebote bündle und die verschiedenen Akteurinnen und Akteure vernetze. Zudem solle die Forschung zur finanziellen Bildung gestärkt werden.

Das Papier sei nicht mit den Ländern zusammen erarbeitet worden – wodurch ein gewisser Mehrwert erreicht worden wäre –, weil die genannten Punkte in den Ländern bereits relativ intensiv umgesetzt würden. In den Curricula seien die entsprechenden Kompetenzen in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern sowie in den Wahlpflichtfächern Wirtschaft und Verwaltung, Hauswirtschaft und Sozialwesen verankert. Für die weiterführenden Schulen gebe es im Rahmen des Ganztagsangebots Projekt- und Lernangebote zur finanziellen Bildung. Auch gebe es Kooperationen.

In letzter Zeit gebe es verstärkt Schülerinnen- und Schülergenossenschaften, die sich in Rheinland-Pfalz gründeten. Am vergangenen Freitag habe sie den Genossenschaftstag der Raiffeisen- und der Schulze-Delitzsch-Stiftung besucht, bei dem über diese Themen sehr intensiv diskutiert worden und deutlich geworden sei, dass es bereits sehr viele Angebote in Rheinland-Pfalz gebe. Gerade der praktische Hands-on-Ansatz sei für Schülerinnen und Schüler wichtig. Es gebe Schülerwettbewerbe, das Bankenplanspiel „Schulbanker“, das Projekt „Jugend gründet“, bei dem es darum gehe, den Kindern und Jugendlichen die Themen von Entrepreneurship Education und Financial Literacy näherzubringen.

Gerade das Selbst-tätig-Werden zeige, dass Kinder und Jugendliche gute Fähigkeiten und Kenntnisse erwürben. Auch gebe es nicht nur von der Bundesbank und vom Bankenverband zahlreiche Unterrichtsmaterialien, sondern auch solche, die mit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz erstellt worden seien. Diese seien neutral und im Rahmen des Materialkompasses und verschiedenen anderen Projekten entstanden.

Somit werde sehr viel im Bereich der finanziellen Bildung getan. Als richtig erachtet werde, dass dies ein Querschnittsthema sei und kein eigenes Schulfach hierfür eingerichtet werde. Mit Interesse werde verfolgt, was das Bundesfinanz- und das Bundesbildungsministerium planten. Wenn ein Mehrwert erreicht werde, werde dieser gern genutzt und den Schulen zur Verfügung gestellt.

**Abg. Joachim Paul** führt an, er halte den Antrag für durchaus interessant und gut. Trotzdem bestehe nun die Möglichkeit, auf verschiedene Projekte und Initiativen hinzuweisen. Zum einen sei ihm wichtig, dass eine Überprüfung der Lehrmaterialien dahin gehend erfolgen müsse, ob sich das Bild des Unternehmers noch angemessen positiv abbilde. Letztendlich sei in einer Marktwirtschaft das Unternehmertum von entscheidender Bedeutung. Zwar wolle er nicht sagen, dass es an der Stelle mangle, jedoch habe er die Sorge, dass ein Übergewicht der Klimabewegung möglicherweise auch an der Stelle dazu beitrage, das Unternehmertum eher unter dem Gesichtspunkt unverantwortlichen Profitstrebens zu sehen. Dies sei etwas populistisch und pauschal formuliert, jedoch müsse an der Stelle herangegangen und eine Überprüfung durchgeführt werden.

Im SPIEGEL habe eine Ökonomin kürzlich ausgeführt, Deutschland sei ein Land, das sehr risikoavers sei und in dem die Kultur des Risikoaversen dominiere. Das müsse nichts Falsches sein, führe aber dazu, dass viele am Aktienmarkt zurückhaltend seien. Seines Erachtens müsse in dieser Hinsicht, gerade im Hinblick auf die Altersvorsorge, ein Umdenken erfolgen; denn das könne eine weitere Säule der Vorsorge sein. Das Prinzip einer Aktienrente sei schon länger diskutiert worden. Möglicherweise sollte eine solche als Ziel vorgegeben werden, sodass sich die Menschen stärker zu investieren trauten. Zwar habe das Risiken, schaue man sich aber die Entwicklung des Aktienmarktes an, so könnte dieser eine weitere Säule des Wohlstands sein.

**Abg. Sven Teuber** begrüßt, dass sich Ministerien auf Bundesebene um Bildungsfragen kümmern. Wichtig sei aber auch, dafür zu sorgen, dass alle Kinder gleiche Startchancen hätten, um überhaupt über finanzielle Bildung reden zu können. Deshalb wolle er die Bedeutung des Startchancenprogramms herausstellen.

In der Süddeutschen Zeitung habe er vor zwei Tagen einen Bericht über provisionsabhängige Finanzberatung in Kreditinstituten gelesen und eine aufgeweichte EU-Richtlinie, die das weiterhin ermögliche, obwohl die Kommissarin etwas anderes vorgeschlagen habe. Aus seiner Sicht sei finanzielle Bildung, im Sinne von Verbraucherschutz zu hinterfragen, wie unterschiedliche Beratungen in der Finanzbranche erfolgten und aus welchen Motiven einige Produkte angeboten würden.

Zur angesprochenen Risikoaversion sage er, in dieser Hinsicht sei er gern ultrakonservativ. Alle sollten zunächst eine grundvorsichtige Haltung im Sinne des Verbraucherschutzes einnehmen, weil über ei-

nen starken Markt gesprochen werde. Andererseits sollte geschaut werden, wie Verbraucherschutzfragen viel stärker in den Mittelpunkt gerückt werden könnten. Das betreffe Fragen der Inflation, der Entwicklung von Marktmechanismen und im Endeffekt der Frage, was Geld bedeute. Aus seiner Sicht sei das sehr viel wichtiger. Er habe er sich als Sozialkundelehrer in dieser Hinsicht immer angesprochen gefühlt und wisse, dass seine Kolleginnen und Kollegen das auch täten. Eine Beschäftigung mit Geld sollte möglichst früh im Unterricht erfolgen. Im Mathematikunterricht hätten schon früh Geldfragen und die Frage, was Produkte seien, eine Bedeutung. Das sei finanzielle Bildung.

Vor diesem Hintergrund bitte er um Auskunft zum Stand des Startchancenprogramms. Seines Erachtens gehöre das Vorantreiben der zugesagten Programme wie des Startchancenprogramms zu den Kernaufgaben der Bundesministerien.

Zudem interessiere ihn zu erfahren, ob im Land Rheinland-Pfalz Verbraucherschutzprogramme eventuell ausgebaut werden sollten. Die Verbraucherzentralen seien sehr engagiert und sollten gestärkt werden.

In der Vergangenheit habe er mit seinen Kursen am Planspiel Börse und an vielen anderen Modulen des Bankenverbands teilgenommen. Viele Angebote könnten kritisch und mit einer guten Reflexion produktiv in den Unterricht eingebunden werden. Er bitte um Auskunft, ob erhoben werde, wie Lehrerinnen und Lehrer auf solche Programme Zugriff nähmen, oder ob das jeder Schule überlassen sei.

**Abg. Florian Maier** äußert, er wolle Abgeordneten Joachim Paul beruhigen. Die Themen der Unternehmensgründung und der Unternehmensformen spielten im Unterricht eine große Rolle und nähmen in bestimmten Jahrgangsstufen viel Raum ein, was durchaus sinnvoll sei. Das Thema der Unternehmensgründung werde alles andere als negativ begleitet, sondern im Gegenteil sehr positiv.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** schließt sich den Äußerungen des Abgeordneten Florian Maier an. Ihres Erachtens sei das Bild des Unternehmers mit einer dicken Zigarre und einem großen Auto bei der Jugend nicht mehr verbreitet. Gerade Start-ups hätten in dieser Hinsicht sehr viel verändert.

Das seien gerade diejenigen, die auch in der Klimabewegung aktiv seien. Es handle sich um junge, dynamische Leute, die Unternehmen gründeten. Dies werde seitens der Landesregierung und besonders seitens des Wirtschaftsministeriums unterstützt. Der jetzige amtierende Bundesverkehrsminister habe als Wirtschaftsminister von Rheinland-Pfalz immer Unternehmensgründungen zu seinem Thema gemacht. Auch Daniela Schmitt als derzeitige Wirtschaftsministerin habe einen Fokus hierauf gelegt. Das gelte auch für die Schulen.

Schülerinnen und Schüler würden unterstützt. Eine Schülergenossenschaft zu gründen, was Schülerinnen und Schüler täten, sei nichts anderes, als ein Unternehmen zu gründen. Sie hätten ein positiv besetztes Bild von Unternehmern, Unternehmen und Unternehmensgründungen. Das habe sie zum Beispiel bei dem genannten Genossenschaftstag in einem persönlichen Erfahrungsbericht von einer Schülerin dargelegt bekommen.

Es gebe eine enge Kooperation mit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz und dem Bundesverband der Verbraucherzentralen, weil diese das unabhängige Material erstellten. Im sogenannten Materialkompass seien geprüfte Unterrichtsmaterialien zur Verbraucherbildung und speziell zum Thema „Finanzen“ enthalten. Dies werde den Schulen gerne empfohlen. Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz unterstütze die Schulen zudem direkt mit Materialien und Projekten. Zum Beispiel gebe es das Projekt „Banktour“, welches Schülerinnen und Schülern sehr praxisnah das Thema des Geldes und der Finanzen beibringe. Es sei geprüft und unabhängig.

Mit Blick auf das Startchancenprogramm dauerten die Verhandlungen an. Bei diesem wichtigen Programm solle es drei Säulen geben. Deutschlandweit sollte die Schulsozialarbeit an 4.000 Schulen in herausfordernder Lage und der Schulbau unterstützt werden. Auch solle es ein Chancenbudget für die Schulen geben. Im Koalitionsvertrag des Bundes, bei dem sie selbst mitverhandelt habe, sei das Startchancenprogramm verankert. Es passe sehr gut zu den rheinland-pfälzischen Maßnahmen. Das Bestreben der Landesregierung sei, schnell beim Startchancenprogramm voranzukommen, jedoch wolle der Bund erst zum Schuljahr 2024/2025 damit beginnen, während die Länder einen früheren Beginn anstrebten. In der aktuellen Woche sei ein Papier vom Bund gekommen, das gerade beraten werde, allerdings sehr unterschiedliche Vorstellungen beinhalte. Mit dem Startchancenprogramm könnten in Rheinland-Pfalz die bereits vorhandenen Maßnahmen skaliert werden.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** sagt auf Bitte des **Abg. Sven Teuber** zu, Informationen zu einzelnen Projekten aus dem Bereich der finanziellen Bildung zur Verfügung zu stellen.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 11** der Tagesordnung:

**Selbsternannte „Letzte Generation“ will an Schulen Personal rekrutieren**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

- [Vorlage 18/3717](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**Abg. Joachim Paul** führt zur Antragsbegründung aus, bereits in der Vergangenheit sei bei den Demonstrationen im Rahmen von „Fridays for Future“ in Mainz festzustellen gewesen, dass altmarxistische Gruppen vertreten gewesen seien. Es sei ein Tummelplatz nicht nur von klimabewegten Jugendlichen, sondern auch von Spielern und Beeinflussern aus der linksextremen Szene gewesen. Daher wundere ihn nicht, dass es zu einer Radikalisierung der Klimabewegung gekommen sei; denn dieser Glutkern sei immer schon vorhanden gewesen.

Mit der selbst ernannten Letzten Generation liege ein Aktivismus vor, der bereit sei, Menschenleben aufs Spiel zu setzen. Deren Anhänger klebten sich fest, sodass beispielsweise Ärzte nicht zu Operationen gelangten. Das seien seines Erachtens teilweise hochkriminelle Aktivitäten, die nicht nur Menschenleben gefährdeten, sondern mittlerweile auch gekostet hätten. Es sei wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit, bis das erste Todesopfer zu beklagen sein werde. Sei dann zu hören, dass die Letzte Generation über das von Fridays for Future bereitete Feld in die Schulen eingreife, sich dort breitmache, Unterstützung suche und Aktivisten rekrutieren wolle, dann sei das seines Erachtens sehr besorgniserregend.

Daher werde die Landesregierung um Berichterstattung gebeten, wie weit diese im Prinzip schon extremistische Gruppe in den Schulen aktiv sei.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** rekapituliert, im Antrag der AfD werde auf das Bestreben der Letzten Generation hingewiesen, verstärkt an Schulen Fuß zu fassen. Dem Ministerium für Bildung und der Schulaufsicht seien keine entsprechenden Anfragen oder Informationen über durchgeführte schulische Veranstaltungen in Kooperation mit der Initiative bekannt.

Insoweit bestünden zudem sehr klare und eindeutige Regelungen. Für die Letzte Generation bestehe keinerlei Anspruch, schulische Räume zu nutzen oder Zutritt zu Gebäuden gewährt zu bekommen, weil sich das Bündnis der Klimaaktivisten in keiner Weise eine rechtliche Struktur gegeben habe. Der jeweiligen Schulleitung stehe das Hausrecht zu, um Aktivistinnen und Aktivisten der Letzten Generation bzw. jedweder Gruppierung der Letzten Generation der Schule zu verweisen.

Sie gehe davon aus, dass Organisatorinnen und Organisatoren der letzten Generation, die mit dem Wunsch an die Schulen heranträten, Informationsveranstaltungen durchzuführen, in aller Regel sofort abgewiesen würden. In Zweifelsfällen könne sich die Schulleitung mit der ADD oder dem Ministerium für Bildung in Verbindung setzen, um eine Klärung herbeizuführen. Für externe Organisationen, Firmen oder auch Parteien gelte generell, dass sie im Regelfall keinen Zutritt zu Schulen zum Zwecke der einseitigen Information, Agitation oder Werbung hätten. Zu Informationen zum Rechtsrahmen und zum Verhältnis von Schule und Politik verweise sie zudem auf den Bildungsserver.

Für richtig halte sie, dass eine kritische und reflektierte Auseinandersetzung mit den Anliegen und Aktionen der Letzten Generation bereits in den Schulen stattfinde. Vor allem in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, in klimabildenden Lernsettings oder im Rahmen von schulischen Demokratietagen würden solche für die Gegenwart und Zukunft relevanten Themen bereits seit vielen Jahren behandelt.

Positiv sei aus ihrer Sicht auch, dass sich junge Menschen den Herausforderungen der menschen-machten globalen Erwärmung und ihrer Folgen annähmen und diese besonders ernst nähmen. Die Aktivitäten von Fridays for Future und Scientists for Future zeigten, inwiefern wissenschaftliche Befunde als Legitimation herangezogen würden, um zum Beispiel durch angemeldete Demonstrationen, Workshops und die Beteiligung an politischen Foren bewusstseinsverändernde Arbeit zu leisten. Zu sehen sei, dass sich die jungen Menschen engagierten. Rheinland-Pfalz sei ein Land, das durch das Extremwetterereignis im Ahrtal erhebliche Schäden zu erleiden gehabt habe.

Im Übrigen habe sich Fridays for Future bereits deutlich zur Letzten Generation geäußert und sich distanziert mit dem Hinweis darauf, dass die Letzte Generation die Gesellschaft spalte. Dass Straftaten, die begangen würden und im Übrigen strafrechtlich – zum Teil mit Strafen ohne Bewährung im unteren Bereich – geahndet würden, halte sie für richtig. Es gebe ein strafrechtliches Instrumentarium sowie Strafverfolgungsbehörden und Gerichte, die damit umgingen und mit denen der demokratische Rechtsstaat sehr gut aufgestellt sei.

**Abg. Helge Schwab** äußert sein Bedauern, dass dem Ministerium nicht bekannt sei, dass die Letzte Generation Schulen aufsuche, um Mitglieder zu rekrutieren. Am 3. Dezember 2022 sei ein Aktivist, der aus einer vorübergehenden Inhaftierung in Bayern entlassen worden war, in Kusel am Siebenpfeiffer-Gymnasium zu Gast gewesen. Er sei sogar eingeladen worden, um dort einen ganzen Vormittag zu referieren. Eine Woche später sei in Kusel die Kreisgruppe der Letzten Generation gegründet gewesen.

Er halte es auch deshalb für sehr bedauerlich, weil an derselben Schule drei Abgeordneten genau zwei Schulstunden Zeit gegeben worden, um im Rahmen des Schulbesuchsprogramms mit Schülerinnen und Schülern ins Gespräch zu kommen. Ein Aktivist, der bereits inhaftiert gewesen sei – wahrscheinlich nicht zu Unrecht –, erhalte dagegen sechs Schulstunden für sich allein.

**Abg. Joachim Paul** äußert die Ansicht, an diesem stichprobenartigen Befund sei zu erkennen, dass es sehr fragwürdige Aktivitäten dieser Gruppierung gebe. Es sei nicht damit getan, dass Fridays for Future ausführe, die Letzte Generation spalte die Gesellschaft und Fridays for Future damit nichts zu tun habe. Seiner Einschätzung nach sei das eine typische Entwicklung einer Szene, die immer noch weitere radikalere Gruppen herausbilde, die sich das Recht nähmen, die Gesetze zu brechen für den – in Führungszeichen – guten Zweck. Daher sei es seines Erachtens wichtig, dass dieser Berichtsantrag heute eingebracht worden sei. Offenkundig handle es sich um ein Phänomen, mit dem sich ernsthaft beschäftigt werden müsse.

Gleichermaßen wie in den bekannten russischen Holzpuppen jeweils kleinere Puppen seien, kämen auch hier kleinere, radikalere Organisationen zum Vorschein. Er frage, ob es nicht naiv, verantwortungslos und mit mangelndem Weitblick behaftet gewesen sei, Fridays for Future so zu hypen und zu äußern, es handle sich um eine völlig legitime Schulveranstaltung, bei der jeder mitmachen könne, dass es gut sei, wenn die Schüler der Schule fernblieben und auf die Straße gingen, und es hingenommen werde, dass auch marxistische Splittergruppen teilnahmen. Auch sei zu fragen, ob die Landesregierung nicht ein Stück weit mitverantwortlich sei, dass es jetzt sozusagen zu einer weiteren radikalen Häutung komme.

**Vors. Abg. Susanne Müller** weist Abgeordneten Joachim Paul darauf hin, er schweife mit einer Bewertung der Landesregierung im Zusammenhang mit Fridays for Future vom eigentlichen Thema der Letzten Generation ab.

**Abg. Joachim Paul** stimmt zu und entgegnet, die Letzte Generation sei nicht wie ein Komet vom Himmel gefallen, sondern ein Wurmfortsatz der Klimabewegung Fridays for Future.

**Vors. Abg. Susanne Müller** stellt fest, dass sei seine eigene Bewertung. In Rede stehe nun aber ein Tagesordnungspunkt zur Letzten Generation.

**Abg. Sven Teuber** führt an, allein aus die Feststellung, dass ein Mensch, der dieser Bewegung angehöre, in der Schule gewesen sei, lasse sich noch lange nicht die Interpretation von Abgeordnetem Joachim Paul ableiten, dass Menschen rekrutiert werden sollten.

Abgeordnetem Joachim Paul sei sicherlich bekannt, dass Unterricht derart aufzubauen sei und aufgebaut werden könne, dass Menschen unterschiedlicher Gruppierungen eingeladen würden. Die von Abgeordnetem Helge Schwab genannte Schule sei ihm gut bekannt, weil er dort selbst gearbeitet habe. In dem Zusammenhang wisse er, dass diese Schule immer offen für den Besuch von Abgeordneten sei. Aus eigener Erfahrung sage er, dass sich zurückliegend nicht nur auf zwei Stunden pro Jahr beschränkt worden sei, sondern es mehrfach Veranstaltungen gegeben habe.

Er wolle deutlich machen, wie Unterricht aufgebaut werde. Selbst bewerten zu können, dass keine Werbeveranstaltungen stattfänden, sei den Kolleginnen und Kollegen aus Verantwortung gegenüber den Schülerinnen und Schülern und deren Bildungserfolg durchaus zuzutrauen. In der Schule werde das Leben abgebildet. Solle eine kritische Auseinandersetzung zum Beispiel mit der Frage von Maßnahmen der Letzten Generation vorgenommen werden, so stelle sich die Frage, warum das nicht direkt mit denjenigen diskutiert werden sollte, die diese selbst durchführenden. Solche Diskussionsmöglichkeiten halte er in einer Schule für wichtig.

Andernfalls könnte sogar gesagt werden, die AfD werde nicht mehr eingeladen, um sich nicht mit deren extremistischen Positionen auseinanderzusetzen. Es sei aber immer besser, mit anderen Menschen Auge in Auge zu sprechen, um zum Beispiel zu hören, ob Ideen auch im direkten Dialog geäußert würden oder nur schriftlich im neutralen oder anonymen Raum.

Seiner Ansicht nach müsse eine Konfrontation mit unterschiedlichen Bewegungen in der Gesellschaft auch in der Schule stattfinden. Daraus abzuleiten, dass es sich um eine Werbeveranstaltung handle, halte er für das Niveau, das ihm ansonsten von der Linken im Umgang mit der Bundeswehr bekannt sei. Deren Argumentation sei immer gewesen, die Bundeswehr dürfe bloß nicht die Schulen betreten, damit keine morgigen Soldatinnen und Soldaten rekrutiert würden. In dieser Hinsicht sei man heute weiter und wisse, dass kritische Reflexion in einem direkten Dialog benötigt werde, weil Schule ansonsten im luftleeren Raum stattfände.

Hinsichtlich des Anspruchs, das Ministerium müsse wissen, was wann und wo an den Schulen stattfinde, weise er auf den Beutelsbacher Konsens hin, den Lehrerinnen und Lehrer in ihrer guten Ausbildung lernten. In diesem Sinne gestalteten sie ihren Unterricht. Es solle nicht direkt misstraut werden. Lehrerinnen und Lehrer sollten auch nicht so eingeschränkt werden, dass sie bloß nichts tun sollten, was nicht abgestimmt sei. Stattdessen sollten Sie motivierten Unterricht durchführen, zum Beispiel mit Gästen, Abgeordneten und der Bundeswehr. Auch gebe es keinen Grund, warum nicht mit gesellschaftsrelevanten Gruppen kritisch in den Dialog gegangen werden sollte, um daraus zu lernen.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** verweist darauf, sie habe zum rechtlichen Rahmen vorgetragen. Besuche seien möglich, der Beutelsbacher Konsens gelte für alle Schulen sowie für alle Lehrerinnen und Lehrer. Während des Studiums und Vorbereitungsdienstes würden sie damit vertraut gemacht, sodass davon ausgegangen werde, dass dieser in den Schulen vor Ort eingehalten werde. Dort, wo das nicht der Fall sei und die Schulaufsicht oder das Ministerium davon Kenntnis erlangten, werde dem nachgegangen.

In Rheinland-Pfalz gebe es 1.600 Schulen. Diese seien nicht jeden Tag berichtspflichtig, weshalb das Bildungsministerium nicht alles wissen könne. Die Nachfrage bei der Schulaufsicht sei mit „Fehlanzeige“ beantwortet worden, weil auch die Schulaufsicht nicht jeden Tag diese große Zahl an Schulen monitore und die Schulen zudem Freiheit, Selbstverantwortung und Selbstständigkeit hätten zu entscheiden, was gut und richtig sei. Seitens des Ministeriums werde der Sache nachgegangen. Wichtig sei, dass das Überwältigungsverbot des Beutelsbacher Konsenses eingehalten werde.

Zudem sei die Landesregierung alles andere als naiv. Da Abgeordneter Joachim Paul der Landesregierung sehr stark übertrieben anhängen, die Landesregierung habe etwas gehypt, erinnere sie an ihre eigenen Ausführungen zu Fridays for Future und die Regelungen, die damals in den Schulen getroffen worden seien, sodass mitnichten behauptet werden könne, es sei etwas gehypt worden.

Jedoch begrüße sie, wenn junge Menschen sich engagierten, sich für den Klimaschutz einsetzten und in einer Demokratie als mündige Bürgerinnen und Bürger zeigten. Damals sei ausgeführt worden, es gebe eine Möglichkeit, auch die Demonstrationen von Fridays for Future in den Unterricht einzubetten und eine unterrichtliche Verarbeitung vorzunehmen. Auch halte sie es für ein legitimes Anliegen, wenn Menschen – junge wie ältere – zu erlaubten Demonstrationen gingen. Sie habe viele Diskussionen mit der LandesschülerInnenvertretung darüber geführt, ob das tatsächlich während der Schulzeit sein müsse oder es möglicherweise sinnvoller wäre, solche Demonstrationen dann durchzuführen, wenn alle teilnehmen könnten. Es hätten aber immer klare Regeln bestanden.

Auch handle es sich weder um Radikale noch um Extremistinnen und Extremisten, sondern um viele Menschen, die Demokratinnen und Demokraten seien. Auch sei klar, dass eine Thematisierung und Einbettung ins Unterrichtsgeschehen erfolgen könne. Sie erinnere aber daran, dass keine generelle Freistellung der Schülerinnen und Schüler für die „Fridays for Future“-Demonstrationen erlaubt worden sei. Das bitte sie zu berücksichtigen und wahrzunehmen.

**Abg. Joachim Paul** ist wichtig klarzustellen, es könne nicht alles – zum Beispiel Bundeswehr und AfD – in einen Topf geworfen werden. Eine demokratisch legitimierte Partei sei etwas anderes als eine staatliche Organisation wie die Bundeswehr, die der parlamentarischen Kontrolle unterliege.

Seines Erachtens dürfe nicht jeder Gruppe ein Forum geboten werden. Wenn morgen Pierre Vogel an die Tür klopfe und den Wunsch äußere, er wolle in einer Schule referieren und seine Ideologie vorstellen, dann würde natürlich sehr reserviert reagiert werden. Insofern müsse seiner Meinung nach stark differenziert werden.

Mit Blick auf den Hype führe er an, es werde seitens der AfD-Fraktion zur Kenntnis genommen und sei nicht infrage gestellt worden, dass die Landesregierung keine generelle Freistellung erteilt habe. Das sei seriös gewesen, wobei auch keine andere Wahl geblieben sei, wenn gewisse Standards eingehalten werden sollten.

Auf der anderen Seite müsse gesagt werden, dass von den Schulen und von Lehrern durchaus ein Sound ausgegangen sei, das sei alles gut und richtig und die Schüler sollten an den Demonstrationen teilnehmen. Dahin gehend könne reflektiert und gesagt werden, aus dieser Bewegung heraus habe sich eine Gruppe gebildet, deren Aktivismus auf Straftaten gründe. Sie begehe ganz bewusst Straftaten und fühle sich legitimiert, weil sie die letzte Generation sei und das deshalb moralisch gerechtfertigt sei.

Seines Erachtens sei das anders zu bewerten, als wenn Menschen auf die Straße gingen. Er wolle nicht in Abrede stellen, dass die Demonstrationen von Fridays for Future friedlich gewesen seien. Jedoch habe sich aus diesem Milieu etwas herausgebildet, dessen Aktivismus bedeute, Straftaten zu begehen und das öffentliche Leben lahmzulegen. In den Raum gestellt werden müsse, dass das eine ganz andere Qualität sei.

**Abg. Sven Teuber** führt an, es lohne sich seines Erachtens, genau anzuschauen, welche Gruppierungen Zugang zu Schulen erhielten und welche nicht. Rote Linien seien auf jeden Fall im Zusammenhang mit dem Verfassungsschutz einzuziehen. Handle es sich um offiziell als rechtsextremistisch eingestufte Jugendverbände, zum Beispiel der AfD mit der Jungen Alternative, dann gebe er Recht, offiziell rechtsextreme, vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppierungen hätten in der Schule nichts zu suchen.

Er könne sich an eine solche Einstufung von sehr vielen anderen Organisationen aber nicht erinnern. Möglicherweise verstehe er Unterricht anders als Abgeordneter Joachim Paul. Ihm sei deutlich, wie vielfältig die Lehrer- und Lehrerinnenschaft in den rheinland-pfälzischen Schulen sei und wie vielfältig Zugänge zu Unterricht sein könnten. Diese Vielfalt sollte demokratisch erhalten werden und damit auch die Offenheit für die eine oder andere Gruppierung als Gesprächspartnerin oder Gesprächspartner bestehen.

Abgeordneten Helge Schwab lade er ein, mit ihm gemeinsam das Siebenpfeiffer-Gymnasium als Abgeordnete zu besuchen.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 12** der Tagesordnung:

**a) Fehlende Deutschkenntnisse, unregelmäßige Anwesenheit von Schülern, Lehrer am Limit – Schulleiterin der Gräfenauschule in Ludwigshafen fühlt sich vom Bildungsministerium allein gelassen**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

- [Vorlage 18/3725](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**b) Versetzung von 40 Erstklässlern in Ludwigshafen gefährdet**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

- [Vorlage 18/3738](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**c) Nicht-Versetzung an der Gräfenauschule Ludwigshafen**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der FREIEN WÄHLER

- [Vorlage 18/3739](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**Abg. Joachim Paul** führt zur Begründung namens seiner Fraktion aus, durch die mediale, überregionale Berichterstattung zu den Zuständen an der Gräfenauschule habe die Fraktion der AfD davon Kenntnis erlangt. Persönlich habe ihn besonders erschüttert, dass die verantwortliche Direktorin, die förmlich von den Ereignissen im Fernsehen gezeichnet gewesen sei, gesagt habe, es gebe an der Schule offenkundig Eltern, die ihren Kindern sagten, in Deutschland müsse kein Deutsch gesprochen werden.

Seines Erachtens zeige das auf, dass dies die Ausläufer einer völlig verfehlten Einwanderungspolitik seien, die in Brennpunktschulen wie dieser ankämen und besondere Herausforderungen darstellten. Neben vielen anderen Fragen sei eine Frage, warum Kinder beschult würden, die überhaupt kein Deutsch sprechen wollten und wie sich der negative Einfluss von Elternhäusern auswirke, in denen kommuniziert werde, es müsse kein Deutsch gesprochen werden.

**Abg. Marion Schneid** führt als Ludwigshafener Abgeordnete zur Antragsbegründung für die Fraktion der CDU aus, sie sehe das Problem auch an weiteren Schulen, und zwar nicht nur in Ludwigshafen, sondern auch andernorts in Rheinland-Pfalz. Verschiedene veröffentlichte Berichte hätten das bereits dargestellt.

An Schulen, an denen ein hoher Anteil an Kindern und Eltern kaum oder gar kein Deutsch spreche, an denen viele Familien bildungsfern seien, für die der Stellenwert der Schule bzw. des Schulbesuchs sehr gering sei, und die gleichzeitig sehr große Grundschulen seien, in denen die Klassen entsprechend oftmals die Höchstzahl an Schülern aufweise, sei es schwierig, einen ganz normalen Schulalltag zu absolvieren. Genau das zeige die Situation der Gräfenauschule.

Auch reichten die vorhandenen Zuweisungen an Lehrerwochenstunden aus Sicht der CDU-Fraktion nicht aus. Bekanntlich gebe es an den Ludwigshafener Schulen von kommunaler Seite sehr viel Unterstützung in Form von Schulsozialarbeit, die auch von der Kommune finanziert werde, Jugendhilfeangeboten und Angeboten für Familien. Zudem unterstützten externe Organisationen und Einrichtungen die Schulen. Komme all das zusammen und es stelle sich trotzdem dar, dass 40 Kinder nicht in der Lage sein, der ersten Klasse zu folgen, dann sei das ein riesiges Problem, das – dies wolle sie betonen – auch an vielen anderen Schulen anzutreffen sei.

Es tue ihr leid für jedes Kind, das keine Chance habe, sich zu entwickeln; denn diejenigen Kinder, die die Klassenstufe nicht wiederholen würden oder einfach durch die Klassen durchgeschleust würden, erreichten wahrscheinlich später auch keinen Schulabschluss. Insofern würden an der Stelle größere Unterstützung und Lösungsansätze benötigt. Vor diesem Hintergrund werde die Landesregierung um Berichterstattung gebeten.

**Abg. Helge Schwab** führt zur Begründung namens der Fraktion der FREIEN WÄHLER aus, die von ihm gestellten Fragen dienten der Versachlichung des Themas. Er wolle keine Unterstellungen in den Raum stellen, sondern ganz im Gegenteil erfahren, warum die Situation an der Gräfenauschule so sei und welche Möglichkeiten vonseiten des Landes bestünden, dem entgegenzuwirken.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** berichtet, Bildungsgerechtigkeit sei für die Landesregierung zentral. Sie sei sich der großen Herausforderungen in der Bildungspolitik bewusst. Daher würden Schulen in herausfordernden Lagen besonders in den Blick genommen.

Die Grundschule Gräfenau in Ludwigshafen sei eine Schwerpunktschule in einer solchen besonders herausfordernden Lage. Mit 450 Schülerinnen und Schülern aus insgesamt 26 Nationen gehöre sie mit zu den größten Grundschulen in Rheinland-Pfalz. Bei einer so großen Anzahl von Kindern mit unterschiedlichsten Ausgangssituationen – einiges an Schwierigkeiten und Herausforderungen vor Ort sei von den Abgeordneten geschildert worden – sei dies für alle Beteiligten, vor allem aber für die handelnden Akteure vor Ort, täglich eine ganz besondere Aufgabe.

Klar sei aber auch, dass diese großen und veränderten Herausforderungen im Quartier und in der Sozialstruktur niemals von einer Schule allein bewältigt werden könnten. Schulen und auch das Bildungssystem könnten nicht alles auffangen. Stattdessen brauche es gemeinsame Anstrengungen der Schule, des Ministeriums und der Schulaufsicht, der Kommune als Schulträger und der Elternschaft.

Vor allem sei mit Blick auf den hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund wichtig, dass neben guter Bildungsarbeit gutes Quartiersmanagement und die Integrationsarbeit im Sozialraum die Entwicklung der Schule zusätzlich unterstützten. Es müsse ein Zusammenwirken aller vor Ort geben – wenngleich es ein solches auch schon gebe – und geschaut werden, wo weitergekommen werde.

Klar sei, kein Kind solle verlorengehen. Auch sei das Ziel, dass alle Kinder im Klassenverband aufstiegen. Es sei aber genauso wichtig, dass Kinder in der Grundschule die Basiskonzepte erwürben.

Deshalb könne es vorkommen, dass für Kinder von der Konferenz ein Verbleib in der 1. Klasse beschlossen werde. Das passiere nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern bundesweit in vergleichbaren Schulen. Im Einzelfall sei es eine richtige Entscheidung, wenn Kinder länger in der ersten Klasse verblieben, sofern sie noch nicht das erlernt hätten, was in zweiter Klasse erforderlich sei.

Aus Sicht der Landesregierung sei es richtig und unterstützenswert, dass sich die Schulleitung im Sozialraum vernetze und nach Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern suche. Kürzlich habe sie eine Ganztagsgrundschule in einer ähnlichen Situation in Andernach besucht, die das in sehr vorbildlicher Art und Weise tue und dadurch viel Gutes im Sozialraum schaffe.

Schulen hätten heute andere Aufgaben und stünden in Rheinland-Pfalz, aber auch überall in Deutschland vor ganz anderen Herausforderungen als noch vor zehn oder 20 Jahren. Die Corona-Pandemie, Fluchtbewegungen, eine veränderte Schülerschaft und veränderte Familienstrukturen hätten das Arbeiten an den Schulen noch einmal deutlich verändert und gewiss nicht leichter gemacht.

Das gelte besonders für Schulen wie die Grundschule Gräfenau. An dieser arbeite das gesamte Team inklusive der Schulleitung sehr engagiert und mit viel Herzblut. Ein großes multiprofessionelles Team aus Grundschullehrkräften, Förderschullehrkräften, pädagogischen Fachkräften sowie Lehrkräften mit spezieller Ausbildung im Bereich „Deutsch als Zweitsprache“, im Sportförderunterricht und im Herkunftssprachenunterricht arbeite zusammen. Insgesamt seien dort 44 grundständig ausgebildete Lehrkräfte sowie zwei Lehramtsanwärterinnen und acht Personen in PES- bzw. Vertretungsverträgen. Damit seien an der Schule insgesamt 54 Personen tätig.

Diese besonderen – auch sozialräumlichen – Herausforderungen seien auch dem Bildungsministerium, der Schulaufsicht und dem Pädagogischen Landesinstitut bewusst. Genau wie die Schulen sei deren Ziel, dass die Kinder und Jugendlichen und gerade diejenigen mit schwierigen Startbedingungen ihren schulischen Weg erfolgreich gehen könnten. Deshalb habe die Landesregierung in der Vergangenheit bereits umgesteuert und sehr gezielt Maßnahmen ergriffen.

Zum Ersten sei schon im Februar 2020, kurz vor der Corona-Pandemie, mit der Wübben Stiftung das Programm „Schule stärken, starke Schulen“ gestartet worden, das ganz gezielt Schulen in herausfordernden Lagen identifiziere. Es handle sich um ein Programm für Schulleitungen von Schulen in herausfordernden Lagen. Ziel sei, die Schulleitungen zu unterstützen, damit sie mit den besonderen Belastungen umgehen und ihre Schule wegen der veränderten Situation weiter entwickeln könnten.

Daraus sei mittlerweile ein Netzwerk von rund 50 Schulen entstanden. Diese erhielten professionelle Hilfe und stünden im engen Kontakt mit dem Bildungsministerium, dem Pädagogischen Landesinstitut und der Wübben Stiftung, aber auch mit der Schulaufsicht. An den regelmäßigen Treffen nahmen auch sie als Ministerin, Abteilungsleiterin Elke Schott, die Schulaufsicht und das Pädagogische Landesinstitut teil. Hier entstehe eine sehr enge Zusammenarbeit auf kurzen Wegen. Die Schulen würden bei der Schulentwicklung begleitet und erhielten ein Schulentwicklungsbudget, mit dem sie zum Beispiel Beratungsangebote, Gestaltungsmaßnahmen und Veränderungen an der Schule finanzieren könnten. Die Schulleitungen erhielten Coachings.

Die Rückmeldungen zu diesem Programm seien aus zweierlei Gründen sehr gut. Zum einen fühlten sich die Schulen gesehen und könnten untereinander in einen Austausch treten. Zum anderen würden sie sehr professionell begleitet und empfänden die Möglichkeit, einen kurzen Draht zum Pädagogischen Landesinstitut, zum Ministerium für Bildung und zur Schulaufsicht zu haben, als sehr positiv. Auch die Gräfenauschule sei in diesem Programm.

Zum Zweiten hätten Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an diesen Schulen eine besonders wichtige Rolle, indem sie die gesamte Schulgemeinschaft unterstützten und Kontakt zu den Eltern und den Kindern herstellten. Auch die Grundschule Gräfenau habe eine Schulsozialarbeiterin. Es handle sich um eine Maßnahme der Kinder- und Jugendhilfe. Das Land beteilige sich deshalb auch seit dem Jahr 2023 mit insgesamt knapp 11 Millionen Euro an der Finanzierung der Schulsozialarbeit in allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen – vor allem also in weiterführenden Schulen – und baue dieses Engagement dank der regierungstragenden Fraktionen im Landtag weiter aus.

Mithilfe des Inklusionsfonds des Landes kofinanzierten viele Kommunen Schulsozialarbeit an Grundschulen. Weil Schulsozialarbeit immer wichtiger werde, habe die Landesregierung zusätzlich im Doppelhaushalt 2023/2024 erstmals Geld für Schulsozialarbeit an Grundschulen in besonders herausfordernder Lage eingestellt. Auch die Schulpsychologie sei deutlich ausgebaut worden. Auch das sei ein Pfad, an dem ständig weitergearbeitet werde. Die Schulpsychologie sei für die Lehrerinnen und Lehrer und für die Schulgemeinschaften da, und es gebe ein gutes Beratungsnetz, welches weiter ausgebaut werde.

Die dritte Maßnahme, die seitens der Landesregierung ergriffen worden sei, um Grundschulen in besonderer Lage zu unterstützen, seien die Schulgesundheitsfachkräfte. In diesem Jahr werde es sie an 20 Grundschulen geben, das Bildungsministerium finanziere sie, und sie würden von den Schulen sehr positiv bewertet. Zu sehen sei, dass sie zu weniger Fehlzeiten, zu besseren Lernvoraussetzungen und zum Bildungserfolg beitragen. An der Grundschule Gräfenau gebe es keine Schulgesundheitsfachkraft. Nach ihrer Information habe dies aus verschiedenen Gründen nicht geklappt, werde aber im Auge behalten und weiter geprüft.

Zum Vierten führe sie an, gerade weil Schulen vor vielen Aufgaben stünden und die Elternarbeit sich zum Teil sehr schwierig gestalte – wobei das Problem nicht die Arbeit mit den Eltern sei, sondern dass diese nicht in den Schulen auftauchten und der Kontakt zu ihnen kaum oder gar nicht hergestellt werden könne – würden in Rheinland-Pfalz zum kommenden Jahr die ersten Grundschulen in herausfordernder Lage als Familiengrundschulzentren starten. Diese bauten die multiprofessionelle Arbeit aus und öffneten sich in den Sozialraum mit Beratungs- und Bildungsangeboten – zum Beispiel qualifizierte Hausaufgabenhilfe und Sprachkurse für Eltern in der Schule – sowie soziokulturellen Angebote, zum Beispiel Nähkursen, Kursen zur Selbstverteidigung und Sportkursen mit den Kindern zusammen. Auch böten sie zum Beispiel die Möglichkeit der Kinderbetreuung, damit gerade Alleinerziehende die Möglichkeit erhielten, Weihnachten vorzubereiten. Mit der Öffnung in den Sozialraum könnten sich die Schulen als Lern- und Lebensraum gestalten. Auch dieses Programm werde mit der Wübben Stiftung durchgeführt, die mit der Gründung von Familiengrundschulzentren in Nordrhein-Westfalen sehr gute Erfolge erzielt habe – ein solches habe sie sich in Gelsenkirchen angeschaut –, und mit der Kommune vor Ort. Mit der Stadt Ludwigshafen stehe man in engem Kontakt. Ziel der Landesregierung sei, dass

auch die Grundschule Gräfenau ein solches Familiengrundschulzentrum werde; denn gerade mit Blick auf die Elternarbeit und beim Schulabsentismus seien damit gute Erfolge zu erzielen. Das sei auch seitens der Schulleitung und der Schulsozialarbeit an der genannten Schule berichtet worden.

Zum Fünften sei zu sagen, natürlich würden der besondere Sprachförderbedarf an Schulen wie der Grundschule Gräfenau bei den Kindern mit und ohne Migrationshintergrund und die besonderen Aufgaben im Sozialraum berücksichtigt. Deshalb würden sie mit zusätzlichen Ressourcen versorgt. Hierauf werde der Präsident der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Thomas Linnertz im Einzelnen eingehen. Neben den Lehrerwochenstunden, die alle Schulen erhielten, um den regulären Unterricht und damit die Stundentafel abzudecken, Differenzierung und Arbeitsgemeinschaften zu ermöglichen, gebe es zusätzlich 8.500 Poolstunden für organisatorische und pädagogische Maßnahmen, vor allem Maßnahmen im Hinblick auf den Sprachförderbedarf.

Die Schulen in herausfordernder Lage erhielten aus diesem Pool in wesentlich höherem Maße Zuweisungen als weniger belastete Schulen. Somit sei eine klare Sozialindexierung vorhanden. Die Gräfenauschule habe aus diesem Pool sieben zusätzliche Vollzeitäquivalente erhalten, davon allein für die zusätzliche Sprachförderung 5,5 Vollzeitäquivalente. Auch Näheres hierzu werde Präsident Thomas Linnertz ausführen, ebenso wie zu weiteren Entlastungen.

Die Klassenmesszahl betrage in Rheinland-Pfalz 24. Die Klassen in der Grundschule Gräfenau hätten nach ihrer Information in der Regel nicht mehr als 21 Kinder und lägen in jedem Fall unterhalb der Größe von 24. Das sei in Schulen mit sehr vielen Schülerinnen und Schülern nicht immer die Regel. Zu bemerken sei zudem, dass Rheinland-Pfalz mit der Klassenmesszahl von 24 bundesweit mit am niedrigsten liege.

Auf den Übergang von der Kita zur Grundschule und die Sprachfördermaßnahmen in den Kitas zur Sprachstandsfeststellung wolle sie an dieser Stelle nicht eingehen. Mit einem Blick auf die frühkindliche Bildung beginne es jedoch. In den Kitas hätten im letzten Jahr vor der Schule 99,5 % der Kinder in Rheinland-Pfalz einen Kindergartenplatz. Jedoch besuchten trotz vorhandenem Platz nicht alle Kinder die Kita. An dieser Stelle müsse hingeschaut werden, was jedoch keine Aufgabe sei, die das Bildungsministerium übernehmen könne.

Stattdessen müsse vor Ort mit der Kita-Sozialarbeit und mit dem Sozialraumbudget, die im Kita-Zukunftsgesetz verankert worden seien und von denen die Kommunen Gebrauch machten, vorgegangen werden. Am Ende des Jahres 2021 – die aktuellen Zahlen würden noch abgefragt – habe es schon rund 150 Kita-Sozialarbeiterinnen und -Sozialarbeiter in Rheinland-Pfalz gegeben. Das sei der richtige Weg. Die Kinder müssten mit den Eltern zusammen in die Kitas gebracht werden, um im Sprachbad Sprache zu erlernen. Dort könne auch gesehen werden, an welchen Stellen noch Förderbedarf bestehe, bei dem möglicherweise auch in der Schule nachgesteuert werden müsse. An diesem Punkt werde die Landesregierung sehr intensiv arbeiten und sich mit den Beteiligten vor Ort zusammensetzen, um zu schauen, wie mit der Kinder- und Jugendhilfe und mit niedrigschwelligen Angeboten weitergekommen werden könne.

Klar sei, die Kinder könnten nicht abgeholt und zwangsweise in die Kita gebracht werden. Jedoch müsse erreicht werden, dass die Eltern in die Schulen und in die Kitas gebracht würden, um ihnen zu zeigen, dass es für ihre Kinder essenziell sei, die Kita und die Schule zu besuchen und sie mit Bildung einen Aufstieg und einen Ausstieg aus schwierigen Verhältnissen schaffen könnten. Sehr oft handle es sich um Eltern, die keine positiven Erfahrungen mit staatlichen Einrichtungen in ihren Heimatländern gemacht hätten. Das sei einer der Gründe, warum sie so weit entfernt von Schule und Kita seien.

Ihr sei bekannt, dass in Ludwigshafen an allen Stellen und auch in den Sozialquartieren sehr intensiv daran gearbeitet werde. Jedoch handle es sich um eine riesige Aufgabe, für die Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler und die gesamte Gesellschaft mit allen Institutionen auf kommunaler und auf Landesebene benötigt würden. Es werde in Ludwigshafen ein runder Tisch mit der Stadt, dem Integrationsministerium und dem Bildungsministerium stattfinden, um diese Frage vor Ort zu besprechen und zu erörtern, wie Synergien erreicht und konkret in den genannten Quartieren weitergekommen werden könne.

In der Öffentlichkeit sei in den vergangenen beiden Wochen viel über die Ausstattung und die Unterstützung der Schule gesprochen und geschrieben worden. Dass sich die Schule gleichwohl nicht genügend unterstützt und wahrgenommen fühle, sei bedauerlich und mache sie betroffen, weil gerade mit der Gräfenauschule wie auch insgesamt mit den Schulen in Ludwigshafen reger Kontakt bestanden habe.

Ihres Erachtens zeigten die getroffenen und die auf den Weg gebrachten Maßnahmen, dass die Landesregierung die Situation ernst nehme und nicht nur an dieser, sondern auch bei anderen Schulen Abhilfe schaffen wolle. Am 25. April habe in der Schule eine Art runder Tisch mit Vertreterinnen und Vertretern der Schulaufsicht, des Bildungsministeriums mit der für die Grundschulen, aber auch der für die Kitas zuständigen Abteilung und dem Pädagogischen Landesinstitut stattgefunden. Ziel sei gewesen, die aktuelle Situation zu erörtern und festzulegen, an welchen Stellen konkret nachgesteuert werden müsse. Verschiedene Maßnahmen und Schritte seien erörtert und gemeinsam ein weiteres Vorgehen festgelegt worden. Dieser enge Kontakt bleibe weiter bestehen. Auch würden sicherlich weitere Gespräche und Begleitungen stattfinden.

Ihres Erachtens müsse neben den erwähnten Maßnahmen ein Ziel sein, die Familiengrundschulzentren weiter auszubauen. Auch sehr am Herzen liege ihr der Ausbau von Ganztagsgrundschulen, der in der Hand der Stadt Ludwigshafen liege und der seitens des Landes unterstützt werde.

**Thomas Linnertz (Präsident der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion)** führt aus, es sei der Eindruck entstanden, als wäre der Landesregierung und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion nicht aufgefallen, dass an der Grundschule Gräfenau in Ludwigshafen besondere Herausforderungen bestünden, und deshalb zu wenige Lehrerwochenstunden gewährt worden. Das sei jedoch nicht richtig. Bei der Personalisierung würden sehr individuell die vorhandenen Herausforderungen berücksichtigt. Auf die seitens des Bildungsministeriums zur Verfügung gestellten Schulstunden werde zurückgegriffen. Im Folgenden wolle er dies im Einzelnen darstellen.

Die personelle Ausstattung einer Schule fuße auf mehreren Faktoren, die letztlich den jeweiligen Anforderungen einer Schule individuell, also schul- und ortsbezogen, Rechnung trügen. Ausgangspunkt sei die Anzahl der Klassen und Kinder in einer Schule. Es werde jedoch auch auf besondere Erfordernisse eingegangen. Das sei zum Beispiel der Bedarf an Sprachförderung, der Bedarf an Stunden zur Organisation von abweichender Gruppenteilung bei Religion, der Bedarf als Schule in herausfordernder Lage und der Bedarf an Stunden durch die Erfüllung von Aufgaben wie beispielsweise Schulleitung, Begleitung von Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärttern.

Mit 450 Kindern gehöre die Grundschule Ludwigshafen Gräfenau zu den größeren Grundschulen im Land. Im ersten Schuljahr seien 126 Kinder, aus denen sechs Klassen mit je 21 Kindern gebildet worden seien, im zweiten Schuljahr 122 Kinder in ebenfalls sechs Klassen mit einer Klassengröße zwischen 19 und 22, im dritten Schuljahr 104 Kinder in fünf Klassen mit einer Klassengröße zwischen 19 und 21 und im vierten Schuljahr 98 Kinder in fünf Klassen mit einer Klassengröße von 19 bis 20 Schülerinnen und Schülern.

Die errechneten Bedarfe samt vorgesehener Sprachförderung hätten an der Grundschule Gräfenau beinahe vollumfänglich personalisiert werden können. In der Schule ergebe sich ein Soll von 674 Lehrerwochenstunden, wovon 669 hätten personalisiert werden können, sodass sich nur ein geringes Defizit in Höhe von 0,7 % ergebe, was einer recht guten Personalisierung entspreche.

In dem errechneten Bedarf seien 137 Lehrerwochenstunden für Sprachförderung enthalten. Damit liege die Schule bezüglich der intensiven Ausstattung mit Sprachförderung an zweiter Stelle im Schulaufsichtsbezirk Neustadt. Nur die Erich-Kästner-Schule in Ludwigshafen habe mehr Zuweisungen für Sprachförderung erhalten. Diese Schule sei jedoch nach seiner Kenntnis die größte Grundschule in Rheinland-Pfalz und weise 170 Kindern mehr auf als die Grundschule Gräfenau.

Die enorme Ausweitung der Sprachförderung durch die hohe Zuweisung von Lehrerwochenstunden sei eine grundlegende Bedingung, um dem Bedarf an der Grundschule Gräfenau gerecht zu werden. Das Sprachförderkonzept der Schule nutze diese Stunden, um vier zehnstündige Deutsch-Intensivkurse mit Gruppen zu zehn Kindern, 15 vierstündige Deutsch-Förderkurse für 200 Kinder und zehn zweistündige Fördergruppen für 124 Kinder zu gestalten.

Neben der damit breit aufgestellten Sprachförderung gebe es weitere zugewiesene Stunden, damit die Schule den Anforderungen ihrer Schülerschaft gerecht werden könne. Für die Förderung von Kindern mit Schwierigkeiten im Bereich der Bewegung könne die Schule auf zusätzliche fünf Lehrerwochenstunden für die Sportförderung zurückgreifen. Angesichts der herausfordernden Lage der Grundschule Ludwigshafen Gräfenau erhöhe sich das Soll um sieben Lehrerwochenstunden.

Da die Grundschule Gräfenau zudem Schwerpunktschule sei, ergebe sich aus dieser zweiten Säule eine Personalisierung für den Bereich der Förderung im Umfang von insgesamt zusätzlich 131,7 Lehrerwochenstunden. Diese verteilten sich auf 110,7 Lehrerwochenstunden für Förderschullehrkräfte und 21 Lehrerwochenstunden für pädagogische Fachkräfte.

Die Schule wisse mit dieser enormen personellen Ausstattung für eine Schule dieser Größe gut umzugehen, stelle für die Kinder vor Ort ein umfassendes und vielfältiges Bildungsangebot auf die Beine und werde bei der Organisation und inhaltlichen Gestaltung durch die Schulaufsicht unterstützt. Die Schulleiterin und ihr Team seien darüber hinaus darauf bedacht, zusätzliche Angebote zu erschließen, die die Kinder noch über die umfängliche Ausstattung durch das Land hinaus unterstützen könnten.

So sei es zur Vorlage einer Projektidee bei der BASF gekommen, die unter dem Motto „Gemeinsam Neues Schaffen“ 20 Kooperationsprojekte in der Region ausgewählt habe und neben Sportvereinen und Museen die Grundschule Gräfenau mit ihrer Idee unterstützt habe, zusätzliche Angebote für Kinder vor der Einschulung zu gestalten. Diese zusätzliche Kooperation mit der BASF sei Anlass für die Zeitungsberichterstattung gewesen. Um die Idee für ein solches Projekt zu erläutern, habe die Schulleiterin davon berichtet, dass sich die Vorläuferkompetenzen von einzuschulenden Kinder aus vielerlei Gründen in einer Art geändert hätten, dass es bei manchen Kindern sinnvoll sei, die Möglichkeit zu eröffnen, an den Kompetenzen, die viele Kinder im ersten Schuljahr mitbrächten, noch einmal zu arbeiten.

Dass etwa 40 von 126 Kindern eines Schuljahres von der Schule als gefährdet bezüglich des Aufstiegs im Klassenverband benannt würden, sei ungewöhnlich. Der Schulaufsicht sei bis jetzt kein Fall bekannt, bei dem eine Schule mit einem solch gravierenden Hinweis an die Behörde herangetreten sei. Die in Rede stehende Zahl von 40 Kindern stehe allerdings noch nicht fest und sei eine vorläufige Prognose. Die letztliche Entscheidung werde erst im Laufe des Schuljahres individuell getroffen werden.

Die Schule habe sich bei der Jury der BASF zur Auswahl der zu unterstützenden Projekte beworben. Die hohe Zahl von Wiederholern sei Teil der Begründung gewesen. Bei diesem Projekt sollten 12 der 146 für das kommende Schuljahr angemeldeten Erstklässler schon vor der Schule über Angebote der Kita hinaus Bildungsangebote gemacht werden. Die Schulleiterin beteilige sich auch an anderen Stellen an Ideen und der Suche nach neuen Wegen. Sie nehme beispielsweise an einer Gruppe teil, die sich „Hemshofer Denkwerkstatt“ nenne und durch Vernetzung, gegenseitige Unterstützung und das Angehen von Projektideen Angebote vor Ort schaffen wolle. Die Schule nutze auch ein Projekt des Jugendamtes Ludwigshafen in Kooperation mit der Ökumenischen Fördergemeinschaft Ludwigshafen GmbH, das Kindern und Jugendlichen bei der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen im Schulalltag helfen solle. Diese Projekte zeigten beispielhaft, dass die Begleitung von Kindern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe im Zusammenspiel von Elternhaus, Schule, Stadt und anderen an Gesellschaft beteiligten Gruppen sei.

Kinder hätten Bedürfnisse, die nicht durch die Schule und das Bildungssystem allein abgedeckt werden könnten. Auch Kinder, die eine gut ausgestattete Schule besuchten – eine Schule, mit guter Bildungsarbeit, die sich kooperativ, flexibel und kreativ ihren Aufgaben stelle, wie das auch in der Grundschule Ludwigshafen Gräfenau der Fall sei –, profitierten von weitergehenden Unterstützungen.

Ohne Zweifel profitierten Kinder auch davon, wenn sie die umfänglichen pädagogischen Angebote von Kita und Schule tatsächlich nutzten. Die häufige Abwesenheit von Schülerinnen und Schülern stelle

eine besondere Herausforderung für die Bildungseinrichtungen dar. Auch hier brauche es die Zusammenarbeit mehrerer Beteiligter, um darauf zu reagieren. Dabei sei im Fall von Kindern im Grundschulalter und erst recht bei Erstklässlern eine Zwangszuführung in der Regel nicht Mittel der Wahl. Auch persönlich halte er es nicht für sinnvoll und in der Praxis kaum umsetzbar, beispielsweise Sechsjährige durch das Ordnungsamt oder die Polizei zwangsweise zur Schule bringen zu lassen.

Vielmehr komme dem Aufbau einer guten Beziehung zum Elternhaus und dem Dialog zwischen Schule und Elternhaus eine ganz besondere Bedeutung zu, für das Angebot zu werben und eindringlich auf die Wichtigkeit der Schule hinzuweisen. Dies geschehe in vielen Fällen unter Einbeziehung der wichtigen Schulsozialarbeit. Die Grundschule Gräfenau verfüge diesbezüglich über eine volle Stelle, die die Stadt der Schule zur Verfügung stelle und die er vor dem Hintergrund der Größe der Schule für angemessen und notwendig halte.

Ziel müsse sein, den Eltern und Kindern das Bildungsangebot der Schule in einer Art und Weise zu unterbreiten, dass ein unregelmäßiger Kita- und Schulbesuch immer seltener werde. Dieser Prozess beginne in der frühkindlichen Bildung und sei im ersten Schuljahr noch nicht abgeschlossen. Auch vor diesem Hintergrund könne es in einer Einzelfallbetrachtung das Ergebnis von Schulleitung und Klassenkonferenz sein, dass ein Kind die Erfahrungen des ersten Schuljahres noch einmal in vollem Umfang machen könne. Die Bildungsbiografie von Kindern zu unterstützen, bedeute nicht in jedem Fall ein Aufsteigen im Klassenverband um jeden Preis. Pädagogisch angemessener und im Prozess der Bildung gerechter sei es vielmehr, im Einzelfall die Bedürfnisse des Kindes zu identifizieren. Diesen Bedürfnissen könne die Grundschule Gräfenau mit ihrer personellen Ausstattung und ihrem vielfältig aufgestellten Bildungsangebot – er erwähne an der Stelle zudem die Hausaufgabenbetreuung am Nachmittag – gerecht werden.

Die Schulaufsicht werde weiter für eine gute personelle Ausstattung sorgen. Ein sehr enger Austausch bestehe nicht nur mit der Grundschule Gräfenau, sondern auch mit anderen Grundschulen in Ludwigshafen und in anderen herausfordernden Lagen. Er schließe sich Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig an, es gelte, die Vernetzung innerhalb der Kommune mit denjenigen, die sich um Kinder bemühten und Angebote machen könnten, zu stärken und eng zusammenzuarbeiten. Dabei werde die Schulaufsicht der ADD aktiv begleiten.

Zudem werde der Weg zum Beispiel mit „S<sup>4</sup> – Schule stärken, starke Schule“, der Unterstützung seitens der ADD und seitens des Pädagogischen Landesinstituts weiter beschritten.

**Abg. Sven Teuber** führt an, ein selbstbestimmtes Leben hänge für die SPD-Fraktion eng mit der Sprachförderung, der Sprachbildung und der Ganztagsbildung zusammen. Sprache sei der Schlüssel, um überhaupt am Leben teilhaben zu können. Deswegen mache es ihn sowohl als Politiker als auch als Vater von zwei Töchtern traurig zu sehen, wenn Kinder nicht über die notwendigen Kompetenzen verfügten, um einerseits dem Unterricht, andererseits aber auch dem schulischen Leben folgen zu können.

In der Dimension der Grundschule Gräfenau habe ihn das durchaus sprachlos gemacht, weil es zeige, dass das Land mit vielen guten Projekten gute Arbeit leiste, es aber ohne andere Maßnahmen, die

über die Schule hinausgehen, nicht funktionieren. Auch werde es nicht ohne Eltern funktionieren, die in der Kita, in der Schule und in den gesamten Lernprozess der Kinder einbezogen werden müssten, um sie erfolgreich und selbstbestimmt in ihr späteres Leben entlassen zu können, damit sie ihren Weg weitergehen könnten.

Deswegen halte er es für gut und richtig, dass offensichtlich sehr viele Unterstützungsangebote wie an der Gräfenauschule schon lange vor dem Bekanntwerden des Falls etabliert gewesen seien und nun auch geschaut werde, wie dies zum Beispiel mit dem Programm der Familiengrundschulzentren weiter intensiviert werden könne. Offensichtlich müsse jedoch auch darüber nachgedacht werden, was darüber hinaus getan werden könne und müsse.

Zwei Programme, die dazu beitragen, seien die Kindergrundsicherung und das Startchancenprogramm. Die Kindergrundsicherung müsse in vollumfänglicher Form zum Tragen kommen, damit die Familien unbürokratisch Unterstützung erhielten, die möglicherweise Schwierigkeiten hätten, Zugänge zu bürokratischen Wegen zu erhalten. Häufig handle es sich um unnötige Hürden, weil Gelder zur Verfügung stünden. Diese Barrieren müssten abgebaut werden.

Zum anderen müsse geschaut werden, wie die Quote an Kindern, die vor dem Schuleintritt zuverlässig täglich die Kita besuchten, hin zu 100 % erhöht werden könne. Kitas seien ein sehr hochwertiges Angebot mit Blick auf die alltagsintegrierte Sprachförderung, das in allen Kommunen von Rheinland-Pfalz angeboten werde. Erfreulich sei, dass 99 % der Kinder, die zur Einschulung anstünden, einen Kitaplatz hätten. Es müssten aber Verbesserungen erreicht werden, wie den Eltern deutlich gemacht werden könne, dass es sich um ein wichtiges Angebot handle, das sie ihren Kindern ermöglichen müssten.

Ein richtiger Schritt sei auch, die Sprachstandsfeststellung zu einem früheren Zeitpunkt stattfinden zu lassen als bisher. Bei einem Vorziehen, das die Fraktion der SPD voll unterstütze, könne sehr viel früher in Kontakt mit den Familien getreten werden. Zurückzuweisen sei die Äußerung des Abgeordneten Joachim Paul, die Kinder wollten nicht Deutsch sprechen. Sie könnten es in Teilen nicht. In dem Zusammenhang müsse frühzeitig ein Förderbedarf festgestellt werden und ihnen mit den guten, ausgebildeten Fachkräften in den Kitas, in der Jugendhilfe und in der Sozialarbeit Unterstützungsangebote angeeignet lassen.

Darüber hinaus müsse darüber nachgedacht werden, wie Eltern befähigt werden könnten, mit Blick auf ihre Integration in der Gesellschaft anzukommen. Das Thema der Migration werde weiterhin aktuell bleiben. Die stellvertretende Darstellung in Ludwigshafen habe sicherlich auch damit zu tun, dass schon vorher eine hohe Migrationsquote vorhanden war, auf der aufgebaut wurde. Jedoch würden in allen Teilen des Landes künftig die Migrationsquoten steigen, wenngleich das sehr viel stärker in Oberzentren als in anderen Bereichen der Fall sein werde.

Weder die Schule, die Lehrkräfte noch die Schulleitung seien Ursache für die Probleme in diesem Fall. Stattdessen seien sie sehr engagiert dabei, die Probleme zu aufzuarbeiten. Durch eine gezieltere, stärker sozialindexierte Zuweisung von Mitteln und eine gezieltere sozialraumorientierte Förderung auch in kommunalen Haushalten sollten die Kräfte gebündelt werden, um auch die Integration der

Eltern zu stemmen, damit auch sie den Sinn erkennen und befähigt würden, ihre Kinder in diese Integration einzubeziehen.

Somit würden aus seiner Sicht in der Frage der Integrationspolitik eine viel schnellere und stärker alltagsintegrierte Sprachförderung von Eltern benötigt. Gerade bei Erwachsenen seien Kurse noch zu wenig alltagsintegriert. Beispielsweise könnten Ausbildungsplätze mit einem Sprachkurs kombiniert werden. Durch solche Maßnahmen würden Eltern erreicht und motivierte Eltern bestärkt, auch ihren Kindern die Idee von Kita und Schule nahezubringen. Auch müssten verstärkt und viel schneller Perspektiven eröffnet werden.

In diesem Zusammenhang, abseits vom Thema „Schule“, bedauere er, dass die Grundschule Gräfenau in einen Fokus geraten sei, der nun auch von anderen genutzt werden könne. Die Schule dürfe nicht stellvertretend als Buhmann dastehen, das würde weder ihr noch den Behörden gerecht. Stattdessen müsse daraus für den Integrationsprozess in der Gesellschaft gelernt werden.

Aus sozialdemokratischer Sicht sei klar, kein Kind dürfe zurückgelassen und keine Familie alleingelassen werden. Neben der essenziellen Sprachförderung würden eine Kindersicherung, das Startchancenprogramm und auch die Ganztagsbildung benötigt. Das Ganztagsschulprogramm des Landes sei Pionier in der Bundesrepublik gewesen. Seit dem Jahr 2002 seien 1,6 Milliarden Euro in die Ganztagsförderung investiert worden. Aus seiner Sicht sei die Ausweitung von Ganztagschulen in den vergangenen Jahren wegen der Akzeptanz in den Kommunen schleppender vorangekommen. Es ergebe sich die Frage nach der diesbezüglichen Situation und nach Entwicklungsmöglichkeiten in Ludwigshafen. Ganztagschulen entlasteten Familien und eröffneten dadurch Möglichkeiten, sich selbst stärker zu integrieren. Das betreffe den beruflichen Bereich und den des Spracherwerbs.

Ebenfalls interessiere ihn vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung ab dem Jahr 2026 zu erfahren, wie die Entwicklung der Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz sei.

**Abg. Helge Schwab** stellt fest, das Hauptproblem sei laut den Berichten die Sprache. Einigkeit bestehe darin, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei und sich in verschiedenen Aspekten der Situation angepasst werden müsse. Punkt 4 der Tagesordnung habe gezeigt, dass die Sprachbarriere als ein großes Problem identifiziert worden sei. Dasselbe gelte für den in Rede stehenden Tagesordnungspunkt.

Daher stelle er die Frage, wie die Landesregierung perspektivisch zu einem verpflichtenden Vorschuljahr stehe. Seines Erachtens könnte damit die eine oder andere Barriere abgebaut werden. Die Kinder erlernten spielerisch in der Kindertagesstätte die deutsche Sprache und könnten dann entsprechend beschult werden.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** und **Thomas Linnertz (Präsident der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion)** sagen auf Bitte des **Abg. Helge Schwab** zu, dem Ausschuss ihre Sprechvermerke zur Verfügung zu stellen.

**Abg. Joachim Paul** führt an, es sei deutlich geworden – das habe er sowohl von Regierungsseite als auch von den Mitgliedern des Bildungsausschusses sehr oft gehört –, dass es Eltern gebe, denen in zähen Verfahren klargemacht werden müsse, dass Bildung in Deutschland fast alles bedeute, über den sozialen Aufstieg entscheide und die Eltern selbst integriert werden müssten. Salopp gesagt müsse ihnen in Einzelgesprächen klargemacht werden, dass es sich um eine Zukunftsfrage – auch ihrer Kinder – handle.

Für ihn stehe die Feststellung im Raum, dass es offenbar Kulturen gebe, die zuwanderten, bei denen es – vorsichtig ausgedrückt – Überzeugungsbedarf und so starke Integrationshemmnisse gebe, dass sich ihm die Frage stelle, ob diese Zuwanderung für Deutschland unter dem Strich nicht auch eine Belastung darstelle. Das müsse seines Erachtens diskutiert werden.

Es gebe eine Zuwanderung aus Regionen und Kulturen wie der Ukraine, in denen der Bildungsgedanke genauso verhaftet sei wie in Deutschland. Es gebe aber auch andere. Im Bericht der BILD-Zeitung werde ausgeführt, wie die Hintergründe aussähen. Zu dieser Diskussion müsse vorgerückt werden, statt davor die Augen zu verschließen. Seines Erachtens müsse eine Anpassung an die Standards und die Bildungskultur in Deutschland eingefordert werden statt eine Anpassung in die andere Richtung vorzunehmen. Gespräche und Schulterklopfen reichten seines Erachtens nicht mehr aus.

Es werde deutlich, dass es andere Herkunftskulturen gebe und nicht jede Einwanderung die gleichen Belastungen und Chancen mit sich bringe.

**Vors. Abg. Susanne Müller** weist darauf hin, die Debatte zur Migration werde in einem anderen Ausschuss geführt.

**Abg. Joachim Paul** entgegnet, bei einem Anteil von 98 % von Schülern mit Migrationshintergrund könne nicht gesagt werden, es handle sich um eine Debatte, die nicht im Bildungsausschuss geführt werden könne.

Hinsichtlich der offenkundig unterschiedlichen Blicke auf die Bildungskultur frage er, wie es sein könne, dass ein solches Phänomen des regelmäßigen Nichterscheinens im Unterrichts, das immer wieder in der Diskussion angeführt werde, auftrete. Es ergebe sich die Frage, ob das Phänomen bekannt sei und was dagegen getan werde. Schließlich herrsche in Deutschland Schulpflicht. Das bedeute, dass in letzter Konsequenz die Kinder der Schule durch die Polizei geführt werden müssten. Das sei seines Erachtens ein probates Mittel.

Zudem frage er, ob an dem Prinzip einer äußeren und inneren Differenzierung festgehalten werde, um bei den Sprachdefiziten Abhilfe zu schaffen, oder es nicht sinnvoller sei, zu dem Entschluss zu gelangen, erst dann Regelunterricht durchzuführen, wenn die Deutschkenntnisse ausreichend seien. Es liege für ihn auf der Hand, dass der Regelunterricht nicht mit allen begonnen werden könne, wenn die Deutschkenntnisse dafür nicht vorhanden seien.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** teilt die Ansicht des Abgeordneten Sven Teuber, ein wichtiger Punkt sei die Frage der Integration, die Moderation und bessere Aufstellung der Integrationsprozesse,

um insbesondere die Eltern zu integrieren. Würden die Eltern nicht mitgenommen, dann würden viele Bemühungen vergebens sein. Das gelte unabhängig von der Nationalität der Eltern und sei auch eine Frage der Bildungsferne von Eltern. Es gebe genauso Eltern deutscher Nationalität, die sich von den Schulen fernhielten, beispielsweise keine Elternabende besuchten und ihre Kinder nicht in eine Kindertagesstätte brächten. Am Ende sei die Frage der Nationalität egal. Wichtig sei stattdessen, dass die Kinder einen Kindergarten und die Schule besuchten, um dort das zu lernen, was sie von zu Hause nicht mitbekämen, die Sprache erlernten und in der Lage seien, ihre schulische Laufbahn zu beginnen und in der Folge erfolgreich zu beenden.

Das treibe sie an und sei der Grund, warum sich die Landesregierung seit geraumer Zeit diesem Phänomen stelle. In ihrem Bericht habe sie ausführlich dargestellt, welche Maßnahmen in dem Bereich seitens der Landesregierung bereits alle auf die Spur gesetzt worden seien. Auch sei klar, dass man damit nicht am Ende der Bemühungen angelangt sei. Es müsse vorangegangen und vorangekommen werden.

Im Rahmen der Kita-Novelle sei ihr das Sozialraumbudget sehr wichtig gewesen, weil die Notwendigkeit, an dem Thema zu arbeiten, schon damals erkannt worden sei. Mit dem Sozialraumbudget könnten die Träger die Kitas vor Ort in den Sozialraum öffnen. Mit der Kita-Sozialarbeit, die es früher nicht gegeben habe und die es im Übrigen in keinem anderen Bundesland in der Ausgestaltung wie in Rheinland-Pfalz gebe, sei das Land Vorreiter. Dies helfe, die Eltern in die Kitas zu holen und ihnen dort zu vermitteln, es handle sich nicht um schwierige staatliche Anstalten, sondern um Orte, an denen ihre Kinder leben und vor allen Dingen lernen könnten, die Sprache erlernten und die basalen Fähigkeiten vermittelt bekämen, die sie im Anschluss für die Schule benötigten.

Deshalb sei auch der schulische Ganztags wichtig; denn gerade die Kinder mit viel Nachholbedarf benötigten auch ein kulturelles Angebot. Es seien Kinder, mit denen die Eltern am Wochenende nicht in den Zoo oder ins Museum gingen. Deshalb bekämen sie vieles, was bei anderen Kindern selbstverständlich sei, nicht mit. Zudem seien das oft auch die Kinder, die in den die Ferien oft keine Ferienbetreuungsmaßnahmen besuchten. Sie könnten dort mithilfe engagierter Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie engagierter Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher hineingeholt werden.

Diese Anstrengungen würden vor Ort sichtbar unternommen, müssten aber auch gemeinsam intensiviert werden. Mit den geschilderten Programmen werde eine sozialräumliche Öffnung angestrebt und die Unterstützung und Befähigung von Schulleitungen für diese schwierige Situation stärker ausgebaut.

Sie sei bei dem ersten Jahrgang des Projekts „S<sup>4</sup> – Schule stärken starke Schulen“ zugegen gewesen, bei dem ihr Schulleitungen zugetragen hätten, es habe ihnen sehr geholfen. Durch neue Fähigkeiten, Perspektiven und den Austausch mit Kolleginnen und Kollegen sei es ihnen möglich geworden, ihre Schule wieder so zu führen, dass sie ihrem Kollegium in der schwierigen Situation das geben könnten, was sie benötigten.

Dazu gehöre zum Beispiel eine gute Ausstattung, von der sie wisse, dass die Schulaufsicht diese in Abstimmung mit dem Bildungsministerium intensiv verfolge. Es könne immer gesagt werden, dass

noch mehr Lehrerinnen und Lehrer benötigt würden, jedoch sei auch wichtig, dass die Grundschule Gräfenau die Situation insgesamt meistere. Dabei werde sie seitens der Landesregierung intensiv unterstützt.

Der schulische Ganzttag sei in Ludwigshafen ausbaufähig. Seitens des Bildungsministeriums sei das Gespräch mit der Stadt gesucht worden, die erfreulicherweise auf diese eingehe und Schulen ausbaue. In Rheinland-Pfalz bestehe ein gutes schulisches Angebot im Bereich des Ganztags, sodass der im Jahr 2026 beginnende Rechtsanspruch darauf abgedeckt werden könne. Bis dahin werde der Ausbau fortgeführt.

Seitens des Landes werde auf den schulischen Ganzttag mit seiner Abwechslung und zum Beispiel mit kulturellen und musischen Angeboten gesetzt. Einen Menschen mache schließlich nicht nur aus, dass er lesen, schreiben und rechnen könne, sondern auch anderes erlerne und neue Perspektiven eröffnet bekomme. Davon zehrten die Kinder, wenn sie älter würden.

Kulturprogramme übernahmen externe Partner mit. Beispielsweise habe es mit der Mercator-Stiftung ein sehr schönes Programm gegeben, im Rahmen dessen Schulen kulturelle Programme hätten wahrnehmen und außerschulische Lernorte aufsuchen können. In dem Zusammenhang empfehle sie die Grundschule Hasenfänger in Andernach, die Großartiges auf die Beine gestellt habe. All das müsse gelingen und gelinge ihres Erachtens im Ganzttag besser.

Zu beachten sei, dass Städte wie Ludwigshafen und Mainz an ihrer Grenze seien. Es sei auch eine Herausforderung der Gräfenaus Schule, dass sie sehr voll sei. Somit gebe es nicht viele Räumlichkeiten, sodass nicht schnell eine Mensa eingerichtet werden könne. Jedoch würden hierfür andere Möglichkeiten und Lösungen gefunden werden müssen. Manchmal müsse ein pragmatischer Weg gegangen werden, weil das große Ganze wichtiger sei.

Mit Blick auf die Äußerungen des Abgeordneten Helge Schwab bezüglich eines verpflichtenden Kita- oder Vorschuljahrs, sei zu sagen, ein verpflichtendes Kitajahr sei schon aus rechtlichen Gründen nicht möglich, weil die Kita eine Maßnahme der Kinder- und Jugendhilfe sei und dazu niemand verpflichtet werden könne. Für den Schulbesuch gelte eine Pflicht. Diese müsste dann um ein Jahr vorgezogen werden.

Ein oder zwei Bundesländer hätten das einmal probiert, jedoch habe das nicht funktioniert, weil die Menschen, die damit erreicht werden sollten, ihre Kinder auch nicht ein Jahr früher in die Schule schickten. Stattdessen führe das zu sehr vielen Rückstellungsanträgen, verbunden mit dem Wunsch, die Kinder ein Jahr später einzuschulen. Das sei somit komplett kontraproduktiv.

Deshalb sei wichtig, dass alle Kinder über einen Kindergartenplatz verfügten. Das sei in Ludwigshafen keine Selbstverständlichkeit, weil nach wie vor viele Kita-Plätze fehlten und der Ausbau weiter vorangehen müsse. Auch das sei ein Stück weit Raum für Probleme. Auch in dieser Hinsicht werde seitens des Landes unterstützt. Es müsse dafür gesorgt werden, dass mit einer Öffnung in den Sozialraum und der Überzeugung der Eltern erreicht werde, dass die Kinder die Schule und die Kita besuchten. Es müssten Instrumente gefunden werden, wie sie mancherorts bereits eingesetzt würden, dass zum

Beispiel die Sozialarbeit oder andere Personen bei den Eltern klingelten, wenn das Kind nicht in der Kita erschienen und nicht abgemeldet worden sei. Im Quartier müsse somit aufsuchende Hilfe erfolgen. Anders funktioniere es nicht.

Sie halte es nicht für den richtigen Weg, Sechsjährige von der Polizei zur Schule bringen zu lassen. Ihres Erachtens würde das alle Vorurteile und die Distanz, die die Menschen dem Staat gegenüber, aus welchen Gründen auch immer, hätten, bestätigen. Sie sei davon überzeugt, dass Kinder zur Schule gehen müssten, weil sie nur dort ein soziales Miteinander leben könnten. Zu sehen gewesen sei während der Corona-Pandemie, was geschehe, wenn Kinder nicht die Schule besuchten.

Sie sei eine Verfechterin der Schulpflicht sei, jedoch müssten die Maßnahmen altersangemessen sein. In Rede stünden keine älteren Jugendlichen, mit denen anders umgegangen werden könne, sondern junge Kinder, die möglicherweise nicht einmal der Sprache mächtig seien und dann von der Polizei abgeholt und zur Schule gebracht würden. Dies sei nicht wünschenswert. Es müsse auf andere Mittel gesetzt werden, damit die Kinder zur Schule gingen. Klar sei, im Ziel bestehe Einigkeit, aber definitiv nicht mit Blick auf den Weg dorthin.

Hinsichtlich der Frage nach dem Überzeugungsbedarf der Eltern und der Frage, wer zuziehe und wer nicht, müsse gesehen werden, dass es Regelungen seitens des Asylrechts gebe. Auch gebe es Freizügigkeitsregelungen in der EU, die nicht negiert werden könnten, sondern Tatsache seien. Kämen Menschen aus EU-Staaten, so genössen sie Freizügigkeit und hätten das Recht, sich in Deutschland niederzulassen. Auch könnten sie jederzeit wieder gehen, was ein ebenfalls Teil des Problems sei, wenn manche nur für eine kurze Zeit blieben, wieder gingen und wiederkämen, sodass es keine Kontinuität in ihrem Leben gebe. Den Kindern in solchen Fällen schnell eine Verankerung zu geben, sei eine sehr große Herausforderung für die Schulen. Aus Gesprächen mit Lehrerinnen und Lehrern sei ihr bekannt, dass es diesen leidtue, wenn Kinder wegzögen, nachdem sie in der Schule aufgeblüht seien.

Das seien Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und gehöre dazu. Es werde notwendig sein, gesamtgesellschaftlich noch mehr und noch bessere Lösungen zu finden. Ausgrenzung und Abschottung hülften nicht; denn mit Blick auf Zuzug könne aufgrund der Regelungen, die aus guten Gründen im Grundgesetz und in der EU verankert seien, keine Veränderungen herbeigeführt werden.

Sich den Zuziehenden anzupassen, verlange und erwarte niemand und sei auch nicht das Postulat der Landesregierung. Ziel müsse sein, diese Menschen zu integrieren. Die Segregation, die Abspaltung und das Wegsperrern oder Wegschicken von Menschen werde dabei nicht helfen, weshalb der Weg der Landesregierung richtig sei, Kinder von Anfang an in Regelklassen zu holen und sie Deutschintensivkurse im genannten Umfang erhielten. Dort könnten sie mit den anderen Kindern im Sprachbad zusammen sein und von denjenigen Kindern Deutsch lernen, die schon Deutsch sprächen. Je besser sie die deutsche Sprache beherrschten, desto stärker könnten sie am Unterricht teilnehmen.

In Ganztagschulen könne zudem eine intensivere Förderung ermöglicht werden. An der Grundschule Gräfenau gebe es eine qualifizierte Hausaufgabenhilfe, an welcher jedoch bei Weitem nicht so viele Kinder teilnähmen, wie wünschenswert und notwendig sei. Auch dies sei jedoch eine Frage, bei der

Wege gefunden werden müssten, wie die Eltern überzeugt werden könnten. Sie betone, deswegen sei der Weg, der gegangen werden müsse, die Öffnung in den Sozialraum und die Sozialarbeit, die Familiengrundschulzentren und die intensive Arbeit, die im Übrigen auch bei „Keiner ohne Abschluss“ zum Tragen komme, wo ebenfalls aufsuchende Hilfe eingesetzt werde.

Es müssten neue Lösungen für neue Fragen und Herausforderungen gefunden werden. Es gebe bereits welche, bei denen bei einigen zu sehen sei, dass sie funktionierten. Sichtbar sei aber auch, dass sich das ständig verändere und die Herausforderungen nicht kleiner, sondern größer würden. Sie versichere, das Bildungsministerium, die Schulaufsicht und das Pädagogische Landesinstitut setzten sich jeden Tag dafür ein, dass dies funktioniere, und unterstützten die Schulen bei ihrer wichtigen, herausfordernden und großartigen Arbeit.

**Abg. Thomas Barth** führt aus, es bestehe Einigkeit, dass Sprache der Schlüssel zu allem, zum Schulerfolg, zum Bildungserfolg, aber auch zum Lebenserfolg sei. Bestehe bei Erwachsenen der Wunsch, im Ausland oder in einem Konzern mit der Gemeinsprache Englisch zu arbeiten, sei das vergleichbar. Gerade für Kinder und junge Menschen, die noch die Schule besuchten, seien die Kenntnisse der deutschen Sprache unerlässlich für ihren späteren Erfolg.

Insofern stimme er Abgeordnetem Sven Teuber zu, es sollte in Erwägung gezogen werden, die Erhebung der Sprachstandsfeststellung zeitlich vorzuziehen. Diese Forderung erhebe die Fraktion der CDU bereits seit einiger Zeit, ebenso wie die eines verpflichtenden Vorschuljahrs.

Richtig sei, das das Thema nicht allein die Schule betreffe, sondern der Kontext sei in vielen Fällen ein deutlich größerer. Jedoch sei Schule das wesentliche Thema, welches seitens der Landespolitik gesteuert werden könne, um erfolgreiche Bildungsbiografien und Lebensbiografien herbeizuführen; denn die Kinder von heute seien die Eltern von morgen. Das, was sie heute in der Schule und darüber hinaus mitbekämen, sei das, was sie in der Zukunft ihren Kindern mitgeben könnten. Es könne nicht sichergestellt werden, ob die Eltern heute erreicht werden könnten, weil alles ein Angebot und freiwillig sei. Eine Pflicht greife nur in der Schule, weshalb dort stärker angesetzt werden müsse.

Vor diesem Hintergrund bitte er um Auskunft, ob die Landesregierung der Auffassung sei, dass ein Schuleintritt und ein Schulbesuch ohne Deutschkenntnisse akzeptabel und didaktisch sowie pädagogisch sinnvoll seien. Nach seiner Meinung sei das nicht der Fall. Es ergebe sich somit die Frage, inwieweit schon vor dem inhaltlichen Kontakt mit der Schule eine Sprachförderung verbindlich festgeschrieben werden sollte. Werde diese verneint, stelle sich die Frage nach einem alternativen Vorschlag.

Angesichts der beachtlichen Maßnahmen und der Netzwerkarbeit, die in den beiden Berichten beschrieben worden seien und bei denen es sich um ein sehr umfangreiches Hilfspaket handle, stelle sich ihm die Frage, wie zu erklären sei, dass trotzdem 40 Kinder ein Schuljahr verloren hätten.

**Abg. Marion Schneid** betont, alle Kinder in Ludwigshafen seien willkommen. Es ergebe sich, dass dort die größten Grundschulen vorzufinden seien. Die bestehenden Problematiken müssten gelöst werden.

Dankbar sei sie für jedes Projekt, wobei sie die vorgetragene Liste noch um weitere Angebote ergänzen könnte. Daran sei zu erkennen, dass die Schule hervorragende Arbeit leiste, von der Bevölkerung wahrgenommen werde und sich viele externe Institutionen in Form von finanziellen Mitteln oder Projekten beteiligten. Das zeige die sehr hohe Wertschätzung der Arbeit an Grundschule Gräfenau schon über viele Jahre hinweg.

Gerade vor diesem Hintergrund sei es sehr beunruhigend, dass es zu einer solchen Situation wie der beschriebenen komme. Daher sei sie dankbar, dass dies in die Öffentlichkeit gelangt sei und nunmehr nach Lösungen gesucht werde.

Mit Blick auf das Thema der Kitas sei zu sagen, in Ludwigshafen-Hemshof, wo es zwei Grundschulen gebe, die beide groß seien und einen hohen Migrationsanteil der Schülerinnen und Schüler aufwiesen, gebe es vier Familienkitas und drei Sprachkitas, wenngleich das Programm der Sprachkitas bald auslaufe. Das zeige, dass die Elternarbeit und die Familienarbeit bereits extrem im Vordergrund stünden. Auch an der Gräfenauschule sei ein Müttercafé bzw. ein Elterncafé etabliert worden. Es werde bereits versucht, die Eltern ins Boot zu holen. Hierauf müsse noch stärker der Fokus gelegt werden.

Auch befürworte die Fraktion der CDU eine frühere Sprachstandsfeststellung, weil dann im Kindergarten eine Förderung erfolgen könne. Generell müsse es nach wie vor eine Zusatzförderung entsprechend den Sozialindizes geben.

Sie bitte um Auskunft, wie die Landesregierung bei einer solchen Schule, die groß sei, einen hohen Migrationsanteil bei den Schülerinnen und Schülern und Bildungsferne der Eltern aufweise, zumindest in der ersten oder in den ersten beiden Klassenstufen eine teilweise Doppelbesetzung bewerte. Indem zwei Gruppen gebildet würden, könnte die Gruppengröße reduziert werden. Das würde einer gezielten Förderung ihres Erachtens sehr gut tun.

Nach ihrer Kenntnis würden die Kinder zur Sprachförderung sowohl mit Blick auf den herkunftssprachlichen Unterricht als auch auf die Deutschsprachförderung aus dem Unterricht genommen. Vor diesem Hintergrund bitte sie um eine Einschätzung, ob es nicht für Kinder, die wenig Deutsch verstünden, umso schwieriger sei, wenn sie aus der Klasse für ein separates Programm herausgenommen würden und sich im Anschluss neu in der Klasse zurechtfinden müssten. Es handle sich schließlich um Kinder, die jede Unterstützung benötigten.

Ludwigshafen bereite im Fall der Gräfenauschule – auch vonseiten des Baudezernats – den Weg für die Ganztagschule vor. Ihres Erachtens sei der Ausbau in dieser Hinsicht absolut notwendig. Bekanntlich gebe es auch Bestrebungen, mehr Kitaplätze zu etablieren, wobei dies nicht von den Räumlichkeiten, sondern oftmals von der Zahl der nicht vorhandenen Erzieherinnen und Erzieher abhängig sei.

**Abg. Helge Schwab** ist es ein Anliegen richtigzustellen, dass sich seine Ausführungen, es müsse sich an die Situation angepasst werden, darauf bezögen, dass das System angepasst werden müsse.

Er gebe Abgeordnetem Thomas Barth recht, wenn die Eltern ihre Kinder nicht freiwillig in die Schule schickten, beispielsweise weil sie es nicht verstünden, es in ihrer Kultur anders sei oder sie in dieser Hinsicht eine andere Auffassung hätten, dann müsse möglicherweise die Systematik dahin gehend geändert werden, dass ein verpflichtendes Vorschuljahr in die Schulzeit integriert werde.

Auch könnte eine Möglichkeit darin bestehen, mehr Lehrkräfte an die Schulen zu bringen, um den Kindern in Schwerpunktschulen die deutsche Sprache näherzubringen. In einem Fall wie der Gräfenauschule mit Kindern aus 26 Nationen müsse die Lehrkraft schließlich die Möglichkeit haben, die Kinder überhaupt zu erreichen. Nicht für jede Sprache seien Lehrkräfte ausgebildet.

Seines Erachtens müsse bereits vor dem Eintritt in die erste Klasse eine Lösung gefunden werden, damit die Kinder die Sprache zumindest so weit verstünden, dass sie in der Lage seien, dem Unterricht zu folgen. Hierauf müsse der Fokus liegen.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** teilt die Ausführungen ihrer Vorredner zum Thema „Sprache“. Sprache sei der Schlüssel zur Welt und zur Teilhabe. Deshalb sei ihr sehr wichtig gewesen, dass nach den Jahren 2014 und 2015, als viele Geflüchtete nach Deutschland gekommen seien, viele Sprachförderlehrkräfte eingestellt worden seien, damit die Kinder Deutsch lernten und sich integrieren könnten. Im Jahr 2016 sei sie Ministerin geworden.

Damals habe es immer wieder Überlegungen und Forderungen gegeben, die Sprachförderlehrkräfte, die befristete Verträge gehabt hätten, nicht mehr zu verlängern. Sie habe sich als Ministerin von Anfang an erfolgreich dafür eingesetzt, diese Lehrkräfte zu behalten, weil sie der Ansicht gewesen sei, dass der Sprachförderbedarf weiterhin und in höherem Umfang vorhanden sein werde, was sich bewahrt habe. Deshalb sei sie froh, dass sehr viele Sprachförderlehrkräfte auf Planstellen übernommen worden seien. Auch habe es viele Entfristungen und Festanstellungen gegeben, was fortgeführt werde. Auch zum kommenden Schuljahr seien Stellen vorgesehen, auf denen Sprachförderlehrkräfte entfristet und übernommen werden könnten.

Hinsichtlich der Frage, ob sie mit einem Schuleintritt ohne Deutschkenntnisse einverstanden sei, sei zu sagen, ein solcher Eintritt geschehe die ganze Zeit. Beispielsweise könnten die ukrainischen Schülerinnen und Schüler kein Deutsch, wenn sie nach Deutschland und nach Rheinland-Pfalz kämen.

**Abg. Thomas Barth** wirft ein, die Frage sei nicht gewesen, ob Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig einverstanden sei, sondern ob sie der Auffassung sei, dass das sinnvoll sei.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** entgegnet, sie habe die Frage verstanden. Jedoch entspreche es der Realität, dass Kinder ohne Deutschkenntnisse eingeschult würden. Es ergebe sich die Frage, was die Alternative dazu sein sollte. Beispielsweise könne einem ukrainischen Schüler, der eigentlich die achte Klasse besuchen würde, kaum gesagt werden, er müsse vor dem Schulbesuch ein Jahr lang die Volkshochschule besuchen.

Der Vorschlag der Landesregierung sei klar, die Kinder in die Regelklassen zu integrieren. Sie erhielten zu Beginn 20 Stunden wöchentlich Deutschintensivkurs. Umgerechnet ergäben das bei fünf Schultagen vier Stunden Deutschunterricht. Somit bleibe wenig gemeinsame Zeit in der Klasse, jedoch seien sie in den Pausen mit der Klasse zusammen. Vorteilhaft für den Spracherwerb sei auch, dass die Kinder Freunde fänden, deren Muttersprache Deutsch sei. Das geschehe jedoch nicht, wenn die Kinder in Sprachkursen unter sich blieben.

Auch gebe es ein klares Votum der ständigen wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz und auch der Wissenschaft, das ausführe, der Weg, der in Rheinland-Pfalz – und auch in anderen Bundesländern – gegangen werde, Kinder und Jugendliche in der Regelklasse aufzunehmen und sie mit Deutschintensivkursen in der Sprache fit zu machen, sei der richtige. Aus ihrer Sicht gebe es dazu auch keine Alternativen.

In Hamburg habe es kürzlich eine Studie gegeben. Dabei sei eine Gruppe direkt in die Regelklassen integriert worden, eine andere Gruppe habe getrennt von der Regelklasse Sprachkurse belegt. Nach einigen Jahren seien die Sprachkenntnisse, der Sprachstand und die Lernergebnisse beider Gruppen überprüft worden, wobei diejenigen, die von Anfang an die Regelklassen besucht hätten, signifikant bessere Ergebnisse aufgewiesen hätten. Dies empfehle auch die Wissenschaft, weshalb das System in Rheinland-Pfalz entsprechend gewählt worden sei.

Darüber hinaus hätten die Kinder, die das Schuljahr wiederholten, dieses nicht verloren. Sie hätten etwas gelernt, wenngleich dies nicht ausreichend sei, um die nächste Klassenstufe zu besuchen. Natürlich sei jedes Kind, das ein Schuljahr wiederholen musste, eines zu viel. Wenn das Kind am Ende eines Schuljahres jedoch nach Auffassung der Lehrerinnen und Lehrer nicht das gelernt habe, was es können müsse, um im zweiten Schuljahr weiterzukommen, dann halte sie die Entscheidung für richtig, dass es noch einmal die Grundlagen lernen und hinsichtlich der Sprache weiterlernen müsse.

Wünschenswert sei selbstverständlich, dass alle Kinder sofort die Schullaufbahn meistern könnten. Bekanntlich gebe es aber unterschiedliche Kinder mit unterschiedlichen Stärken und Fähigkeiten. Während manche sich leicht täten und innerhalb kürzester Zeit die deutsche Sprache und auch alles andere erlernten, bräuchten andere Kinder deutlich mehr Zeit und erreichten nicht den gleichen Lernstand. Auch sei die Unterstützung durch das Elternhaus unterschiedlich stark. Schule könne daher nicht alles ersetzen. Die Vorstellung, dass es eine Schule schaffe, unabhängig von deren persönlichen Voraussetzungen alle Kinder zum gleichen Lernstand zu führen, sei eine überhöhte Anforderung. Auch sie könne und wolle eine solche Anforderung nicht an eine Schule stellen.

Sie sei froh, dass sehr viel individuelle Förderung an der Gräfenauschule erfolge, die im Übrigen aufgrund der Personalisierung auch die Möglichkeit einer Doppelbesetzung in der ersten und zweiten Klasse beinhalte. Die Verteilung des Pools im Umfang von 8.500 Stunden erfolge nach einem Sozialindex, wodurch Schulen in herausfordernder Lage mehr Stunden zugeteilt bekämen. Neben Sprachförderstunden erhalte die Schule hierdurch Entlastungsstunden wegen ihrer sozialräumlichen Lage. Der Sozialindex werde somit bereits berücksichtigt. Für richtig halte sie, diesen noch stärker zu berücksichtigen. Beim Programm „S<sup>4</sup>“ seien gezielt diejenigen Schulen herausgesucht worden, die sich in herausfordernder Lage befänden und eine Schülerschaft aufwiesen, von denen viele Kinder einen

Migrationshintergrund hätten oder der Lernmittelfreiheit unterlägen. Bekannt sei, dass Kinder, die der Lernmittelfreiheit unterlägen, aus sozial schwachen Familien kämen und einen weniger guten sozio-kulturellen Hintergrund aufwiesen.

Mit diesen angelegten Indikatoren habe die Landesregierung nicht nur die Gräfenauschule im Blick. Das Programm sei auch deswegen aufgesetzt worden, um in einem engen Kontakt mit den Schulen zu stehen und eine Vernetzung zu fördern, wodurch nicht nur der Schulaufsicht, sondern auch der Landesregierung bekannt sei, was in den Schulen passiere.

Zu begrüßen sei, dass es auch außerschulisch viele tolle Projekte von verschiedenen Anbieterinnen und Anbietern gebe. Eine Vielfalt in den Angeboten und ein Netzwerk um die Schulen herum sei notwendig.

Die um die Grundschule liegenden Kitas würden zum kommenden Treffen des runden Tisches eingeladen. An dem Übergang zwischen Kita und Grundschule werde gearbeitet. Zu bedauern sei, dass der Bund das Programm der Sprachkitas beendet habe. Vonseiten des Landes sei dagegen vehement protestiert worden. In Rheinland-Pfalz sei jedoch bei der Personalisierung bei jeder Stelle ein Anteil an Sprachförderung enthalten. Dafür würden 22 Millionen Euro mehr für Sprachförderung in den Kitas gezahlt als vorher.

Nach Auslaufen des Programms solle das vorhandene Know-how, das durch die Fortbildungsveranstaltungen erreicht worden sei, in die Kitas gebracht, konserviert und in die Fläche gebracht werden. Um zu kompensieren, was durch den Wegfall der Bundesmittel wegfalle, sei ein Programm mit Landesmitteln mit einem Volumen in Höhe von einer halben Million Euro aufgesetzt worden.

Es gebe in den Kitas eine alltagsintegrierte Sprachförderung und Sprachbeauftragte. Das sei im Kita-Zukunftsgesetz vorgesehen. Geschaut werde, wie mit den Kitas, den Trägern und den Jugendämtern weitergekommen werde. Zusätzlich werde der Teil, der durch das Bundesprogramm weggefallen sei, ersetzt. Derzeit würden die Kitas, die an dem Bundesprogramm teilgenommen hätten, aufgerufen, ihre Aktivitäten fortzuführen.

Hinsichtlich der Sprachstandsfeststellung werde geprüft, wie zu erreichen sei, dass diese früher erfolge, damit die Kinder mehr Zeit hätten, um die Sprache zu erlernen. Mit der Auslösung der Pflicht eines Vorschuljahrs, wie Abgeordneter Helge Schwab vorschlage, werde das Problem nicht gelöst, dass die Kinder die Kita oder die Schule nicht besuchten. Im Beispiel von Bremen, wo ein verpflichtendes Vorschuljahr eingeführt worden sei, sei dies wieder aufgegeben worden, weil massenhaft Rückstellungsanträge gestellt worden seien. Diejenigen, die damit erreicht werden sollten, werden auch mit einer Pflicht nicht erreicht. Es seien auch diejenigen, die zum Teil ihre Kinder trotz bestehender Schulpflicht nicht zur Schule schickten.

Deshalb müsse die vorhandene Elternarbeit ausgedehnt werden. Hierzu gehöre aufsuchende Arbeit, damit die Eltern wüssten, dass sie nicht in Ruhe gelassen würden, wenn sie ihre Kinder nicht zur Schule schickten. Vor Ort müsse man möglicherweise teilweise lästig sein, um etwas zu erreichen.

Dieser Weg sei ressourcenintensiv, müsse aber gegangen werden, weil eine Pflicht auf dem Papier keinen Fortschritt bringe.

Zum herkunftssprachlichen Unterricht, der im Wechsel mit dem Deutsch-Intensivkurs erfolge, sei zu sagen, dieser sei wichtig, damit die Kinder ihre Muttersprache erlernten. Klare wissenschaftliche Erkenntnisse zeigten, nur wenn sie eine Sprache beherrschten, könnten sie eine fremde Sprache erwerben. Ansonsten hätten sie kein sprachliches Schema und keine sprachliche Struktur in ihrer Herkunftssprache. In Rheinland-Pfalz werde deswegen auf den Herkunftssprachenunterricht gesetzt.

Trotz 26 Nationen gebe es im Fall der Gräfenauschule selbstverständlich Kinder, die Deutsch beherrschten. Somit werde nicht Herkunftssprachenunterricht in 26 verschiedenen Sprachen benötigt, wobei in Rheinland-Pfalz mittlerweile Unterricht in 19 verschiedenen Herkunftssprachen angeboten werde. Auch sei dieses Angebot ständig ausgebaut und zuletzt Ukrainisch als Herkunftssprachenunterricht angeboten worden, damit die Kinder weiterhin ihre Muttersprache beherrschten und erlernen könnten.

Festzustellen sei, dass der Wechsel zwischen Herkunftssprachenunterricht, Teilnahme beispielsweise am Sportunterricht mit der gesamten Klasse und Deutschintensivkurs funktioniere.

**Thomas Brill (Referent bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion)** ergänzt, die positiven Berichte bezüglich einer erfolgreicherer Sprachförderung, wenn Kinder die Regelklasse besuchten, würden der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion auch von den Schulen zugetragen.

Mit Blick auf die Doppelbesetzung hätten Schulen in ihrer Flexibilität im Umgang mit den ihnen zugewiesenen Stunden die Möglichkeit, die entsprechenden Lehrkräfte für Doppelbesetzungen zu nutzen. Die Stunden, die Schulen erhielten, reichten nicht, um alle ersten Klassen über alle Stunden hinweg mit einer Doppelbesetzung zu versorgen, aber durchaus in vielen Momenten. Alternativ könnten zu bestimmten Zeiten diejenigen Kinder, die zu fördern seien, im Rahmen der äußeren Differenzierung aus dem Unterricht herausgenommen und in einer kleineren Gruppe betreut werden. Die Schule habe somit die Flexibilität, je nach Bedarf der Schülerinnen und Schüler zu reagieren, ob eine Doppelbesetzung in der Klasse erfolge oder eine kleine Gruppe gebildet werde.

**Abg. Daniel Köbler** führt aus, die genannten Herausforderungen und Probleme seien auch an Schulen in Mainz bekannt. Aufschrecken lasse jedoch die starke Ballung an einem Schulstandort. Sehr wichtig sei, dass sich vor Ort mit der Jugendhilfe und der Sozialplanung und auch mit Blick auf das Thema der Wohnungspolitik vor Ort zusammengesetzt werde, da die Probleme offensichtlich mit dem Einzugsbereich des Grundschulbezirks zu tun hätten. Skizziert worden sei, was die Bildungspolitik, die Schulpolitik, aber auch die Jugendarbeit vor Ort tue.

Anzuführen sei der essenzielle Punkt des Kitabesuchs. Auch die Stadt Ludwigshafen habe momentan nicht für alle Kinder, die angemeldet würden, sofort einen Kitaplatz zur Verfügung. Wichtig wäre, bei der Priorisierung darauf zu achten, dass nach Möglichkeit jedes Kind mindestens ein Jahr die Kita besuche. Nach seiner Kenntnis könne dies bei der Zusage der Plätze gesteuert werden. In Mainz werde so verfahren, was er für richtig halte.

Hinweisen wolle er zudem darauf, dass möglicherweise das Aussetzen der Schuleingangsuntersuchungen zu einem Anstieg an Kindern, die nicht das Klassenziel erreichten, geführt haben könnte, weil es keinen Vorabkontakt gegeben habe.

Auch halte er die Vorziehung der Sprachstandsfeststellung für richtig. Sprache sei das A und O. War-  
nen wolle er jedoch davor, die Schwierigkeiten zu stark auf die Sprache zurückzuführen. Ihm seien zum Beispiel Kinder bekannt, die im Jahr 2015 aus Syrien nach Mainz gekommen seien und im Jahr 2016, ohne ein Wort Deutsch zu sprechen, eingeschult worden seien. Sie besuchten mittlerweile die Mittelstufe auf gymnasialem Niveau und erbrächten Leistungen im Einserbereich. Die sprachlichen Fähigkeiten bei Einschulung seien nicht alles, sondern es spielten auch andere Faktoren eine Rolle, die im sozialen und kulturellen Bereich lägen und auch die kognitive Leistungsfähigkeit der Eltern sowie deren Erfahrungen mit staatlichen Institutionen beträfen. Aus diesem Grund gebe es nicht eine Lösung für alle Kinder.

Auch hinweisen wolle er darauf, dass ihn die Formulierung des Titels des Berichtsantrags geärgert habe. Nach der Grundschulordnung gebe es aus guten Gründen keine Versetzung von der ersten in die zweite Klassenstufe, sondern es handle sich insgesamt um die Schuleingangsphase. Dies halte er für positiv, weil das den Verantwortlichen vor Ort die Möglichkeit gebe, Probleme frühzeitig zu erkennen und dann anzugehen. Es handle sich somit nach seinem Verständnis nicht um ein Sitzenbleiben, sondern die Möglichkeit, direkt zu Beginn mehr Zeit gewährt zu bekommen. Seines Erachtens könnte auch in Erwägung gezogen werden, in einzelnen Fällen diese Schuleingangsphase auf drei Jahre zu erweitern, weil Kinder in dem Alter sehr unterschiedliche Ausgangspositionen aufwiesen. Dann käme es auch nicht sofort zu Stigmatisierungen, die über ganze Bildungsbiografien hinweg bestehen bleiben könnten.

Vor diesem Hintergrund bitte er um Auskunft, welche Zahlen mit Blick auf Rückstufungen von der zweiten in die erste Jahrgangsstufe landesweit vorlägen. Rückschlüsse vom speziellen, in Rede stehenden Fall auf ganz Rheinland-Pfalz sollten nicht voreilig gezogen werden.

**Abg. Sven Teuber** hält das Sozialraumbudget für wichtig, weil damit vor Ort eine sozialraumorientierte Förderung und Unterstützung erfolgen könne. Wie es eingesetzt werde, obliege den Kommunen und den Jugendhilfeträgern vor Ort. Ihn interessiere zu erfahren, ob eine Datengrundlage erhoben werde, um zu erkennen, ob das Budget in den einzelnen Kommunen so verwendet werde, wie es vom Gesetzgeber vorgesehen sei. Andernfalls sollte an der Stelle nachgesteuert und in einen Dialog getreten werden, um Entwicklungen, wie sie heute diskutiert würden, nicht aufkommen zu lassen.

**Abg. Joachim Paul** kommt auf das Thema der Deutschkenntnisse vor der Eingliederung in den Regelunterricht zurück. Die Direktorin der Grundschule Gräfenau sage selbst – das sei der Presse zu entnehmen –, wer dort aufwachse, lerne nicht zwingend Deutsch, aber in der Schule benötigten die Kinder es dann. Seines Erachtens werde der Herkunftssprachenunterricht durch das Elternhaus abgedeckt, weshalb volle Konzentration auf Deutsch gelegt werden müsse. Er sei kein Gegner der Her-

kunftssprachen, aber einer Beschulung in dieser besonderen Situation. Der Herkunftssprachenunterricht müsse an dieser Stelle abgeschafft und sich voll auf Deutsch und Mathematik konzentriert werden.

Würden Kinder aus der Klasse herausgenommen, um eine Deutsch-Sonderförderung durchzuführen, dann sei auch das eine Segregation. Es ergebe sich zudem die Frage, was mit denjenigen Kindern sei, die Deutsch könnten. Das Unterrichtsgeschehen spiele sich schließlich in Deutsch ab, sodass auch an diejenigen Kinder gedacht werden müsse, die Deutsch könnten, eine Stoffvermittlung erwarteten und davon auch profitierten. Seines Erachtens sei es somit nicht so einfach, wie von der Landesregierung dargestellt.

Das von ihm Ausgeführte sage auch der ehemalige Präsident des Deutschen Lehrerverbands Josef Kraus, dem keine politische Tendenz unterstellt werden könne. Ab einem Migrationsanteil in Höhe von 30 % gingen die Leistungen in den Keller. Auch spreche Kraus von einer Überforderung durch die Zuwanderungspolitik. Nach Auffassung der Fraktion der AfD werde das für den neuralgischen Punkt gehalten.

Es bleibe die wesentliche Frage offen, wie sich die Situation mit Blick auf das Phänomen des Schulschwänzens und damit der Abwesenheit vom Unterricht darstelle und wie dem entgegengewirkt werde.

Bemerken wolle er, es sei seines Erachtens ein gradueller Unterschied, ob ständig Sozialarbeiter bei den Eltern klingelten und sich nach den Kindern erkundigten oder ob irgendwann das Recht anderweitig, mit der Polizei, durchgesetzt werden müsse. Auch dem Steuerzahler gegenüber, der erwarte, dass die Schulpflicht durchgesetzt werde, bestehe eine Verantwortlichkeit.

**Abg. Helge Schwab** fragt, ob die angesprochenen 20 Stunden Sprachförderung pro Woche nur für Kinder aus der Ukraine gölten oder für alle Kinder, die neu nach Deutschland kämen.

**Abg. Astrid Schmitt** betont, sie sei Sprachförderpädagogin und habe auch als solche gearbeitet. Nach ihrer Einschätzung habe Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig den sonderpädagogischen bzw. förderpädagogischen Geist so gut wiedergegeben, dass sie sich selbst darin wiedergefunden habe. Die Vorstellung, dass mit dem Nürnberger Trichter in kleine Kinder Sprachförderung hineingegeben werde, sei ihr in dem Redebeitrag des Abgeordneten Joachim Paul im Geiste begegnet.

**Abg. Joachim Paul** wirft ein, hiervon habe er kein Wort gesagt.

**Abg. Astrid Schmitt** fährt fort, wenn Abgeordneter Joachim Paul sage, eine Herkunftssprache habe keine Bedeutung, dann entspreche das seinem ideologischen Geist, sei aber eine Negierung von wissenschaftlichen und sprachwissenschaftlichen Erkenntnissen. Ein solches Negieren, wenn es einem gelegen sei und nicht in die eigenen Schubladen passe, ärgere sie.

Die Frage, wie sprachpädagogisch und förderpädagogisch gearbeitet werde, müsse vor Ort entschieden werden. Sie selbst habe, wenn es nötig war, separiert vor Ort gefördert. Inzwischen hätten sich

die Unterrichtsformen aber hin zu offenen Unterrichtsformen geändert. Das Arbeiten in kleinen Gruppen im selben Raum am selben Thema mit unterschiedlichen Zielen und Levels sei überhaupt kein Problem mehr. Eine Entscheidung werde vor Ort getroffen.

Für sehr wichtig halte sie, darauf hinzuweisen, dass ein früherer Sprachtest, den auch sie als gut erachten würde, nicht zum Ziel habe, einzelne Kinder auszuschließen und zu separieren, sondern in multiprofessionellen Teams zu überlegen, wie diese Kinder weiterkommen könnten. Sprache sei schließlich mehr als das Benennen von Gegenständen, nämlich das Interagieren. Sprache entstehe und werde im sozialen Dialog mit dem Gegenüber erworben.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** antwortet, in Rheinland-Pfalz habe die höchste Quote an Schülerinnen und Schülern an einer Grundschule, die die Eingangsklasse hätten wiederholen müssen, im zurückliegenden Jahr bei 16 gelegen. Es gebe eine weitere Schule mit 15, solche mit 11 oder 10 Kindern. Das Spektrum reiche herunter bis auf ein und zwei Schülerinnen und Schüler.

Insgesamt hätten in Rheinland-Pfalz bei 943 Schulen 1.270 Kinder die erste Klasse wiederholt. Anhand des sehr deutlichen Abstands der Anzahl bei der Gräfenauschule sei erkennbar, dass es sich dort um ein Sonderphänomen handle. Diejenigen Schulen, die Wiederholerinnen und Wiederholer in einem höheren Maße – mit 16 oder 15 Kindern – aufwiesen, nähmen am Programm „S<sup>4</sup>“ teil. Hieran könne gesehen werden, dass die richtigen Schulen in das Programm aufgenommen worden seien.

Die Verwendung des Sozialraumbudgets werde ausgewertet. Mit dem Institut für Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit Rheinland-Pfalz bestehe eine Vereinbarung mit dessen Direktor Professor Dr. Armin Schneider, der sich die Konzeptionen mit der Ausgestaltung des Sozialraumbudgets anschau. Durch die Datenbank KiDz bestehe ab Ende 2023 erstmalig ein konkreter Überblick, wie das Sozialraumbudget in den Kitas verwendet werde.

Selbstverständlich erhielten auch die nicht Ukrainisch, aber nicht Deutsch sprechenden Schülerinnen und Schüler Sprachförderung an rheinland-pfälzischen Schulen. Es handle sich um ein Grundkonzept, bei dem die Nationalität und die Ausgangssprache der Kinder unerheblich sei. Es gebe Deutsch-Intensivkurse mit dem höchsten Grad bis zu 20 Stunden. Im Anschluss werde die Stundenzahl in Abhängigkeit vom Lernfortschritt variabel angepasst. Bei den Deutsch-Intensivkursen seien die Kinder mit Kindern aller anderen Ausgangssprachen zusammen.

Mit Blick auf fehlende Erzieherinnen und Erzieher in Ludwigshafen weise sie auf die Fachkräftekampagne hin, im Zuge derer ein Shooting in einer Kita in Ludwigshafen stattfinden werde. Im Rahmen der Kampagne solle gezielt in Ludwigshafen geworben werden, junge wie ältere Menschen für den Beruf der Erzieherin und des Erziehers zu gewinnen. Hiermit wolle die Landesregierung für die Kitas und deren Träger in Ludwigshafen Unterstützung leisten.

**Thomas Linnertz** ergänzt zum Umgang mit Schulverweigerung, in Ludwigshafen gebe es ein gemeinsames Stufenkonzept mit den Schulen, dem Ordnungsamt und dem Sozialbereich, wie damit umzugehen sei. Es handle sich um ein allgemeines Konzept, bei dem zunächst aufsuchende Angebote

gemacht würden. Auch könne je nach Anhaltspunkten das Thema der Kindeswohlgefährdung eine Rolle spielen. Deswegen gebe es Schulsozialarbeit auch an den Grundschulen.

Das Stufenkonzept könne am Ende auch in ein Ordnungswidrigkeitsverfahren münden. Er sei jedoch immer noch der Auffassung, dass eine zwangsweise Vorführung eines Sechsjährigen kein probates Mittel sei. Das Thema sei seitens der Stadt im Blick und liege in der Zuständigkeit des Ordnungsamts sowie des Sozial- oder Jugendamts der Stadt, die über Maßnahmen entschieden.

Nach seiner Kenntnis gebe es quasi flächendeckend – ihm sei das aus der Stadt Trier am besten bekannt – Angebote, um mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten und Schulabsentismus zu bearbeiten.

**Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig** ergänzt, hierzu gebe es zudem einen Leitfaden und Expertise beim Pädagogischen Landesinstitut. Auch unterstütze die Schulpsychologie im Umgang mit Schulabsentismus und dabei, wie Kinder und Jugendliche wieder in die Schulen geholt werden könnten.

*Der Antrag ist erledigt.*

Mit einem Dank an die Anwesenden für ihre Mitarbeit schließt **Vors. Abg. Susanne Müller** die Sitzung.

**gez. Anja Geißler**  
**Protokollführerin**

**Anlage**

## **Anlage**

### **In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete**

Fuhr, Alexander	SPD
Maier, Florian	SPD
Müller, Susanne	SPD
Schmitt, Astrid	SPD
Teuber, Sven	SPD
Barth, Thomas	CDU
Schneid, Marion	CDU
Groß, Jennifer	CDU
Köbler, Daniel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Paul, Joachim	AfD
Fernis, Philipp	FDP
Schwab, Helge	FREIE WÄHLER

### **Für die Landesregierung**

Hubig, Dr. Stefanie	Ministerin für Bildung
Linnertz, Thomas	Präsident der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion

### **Landtagsverwaltung**

Beckmann, Juliane	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung
Geißler, Anja	Regierungsrätin im Stenografischen Dienst (Protokollführerin)
Herz, Denise	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)